

# STAND PUNKT

Christlich-politische  
Monatszeitschrift

Februar 2024



## RENTEN SICHERN: ABER WIE?

Am 3. März 2024 stimmen wir über eine 13. AHV-Rente und die Renteninitiative ab. Die Vorlagen im Fokus. Seiten 6 & 7

## CHRISTEN IN DER VERANTWORTUNG

Andi Kleeli, Pastor und Coach, im «Standpunkt»-Interview.

Seiten 8 bis 10

## KANTON ZÜRICH

- Kantonale Abstimmung:  
3x Ja, 1x Nein
- WHO-Vertrag:  
Gefahren für die Schweiz

KANTONALTEIL

# Laufende Unterschriftensammlungen

Die EDU Schweiz empfiehlt Ihnen, folgende Initiativen zu unterschreiben:

## «Jederzeit Strom für alle (Blackout stoppen)»

Die Schweiz ist nicht in der Lage, ihre Stromversorgung jederzeit sicherzustellen. Wir steuern direkt auf eine Strommangellage zu. Es droht der Blackout. Ohne Strom stehen Gesellschaft und Wirtschaft still.

Ablauf der Sammelfrist: 01.03.2024

➔ Weitere Infos: [www.blackout-stoppen.ch](http://www.blackout-stoppen.ch)

## «Wahrung der schweizerischen Neutralität (Neutralitätsinitiative)»

Die immerwährende, bewaffnete Neutralität ist in der Bundesverfassung zu verankern: Damit sich die Schweiz nicht an militärischen Auseinandersetzungen zwischen Drittstaaten beteiligt und auf nichtmilitärische Zwangsmassnahmen, sprich «Sanktionen», gegen kriegführende Staaten verzichtet. Ablauf der Sammelfrist: 08.05.2024

➔ Weitere Infos: [www.neutralitaet-ja.ch](http://www.neutralitaet-ja.ch)

## «Wer mit Bargeld bezahlen will, muss mit Bargeld bezahlen können (Ich zahle bar!)»

Mit konkreten Massnahmen die schleichende Abschaffung des Bargelds verhindern – das bezweckt die Bargeldinitiative II. Ablauf der Sammelfrist: 21.09.2024

➔ Weitere Infos: [www.ichzahlebar.ch](http://www.ichzahlebar.ch)

## «Für den wirksamen Schutz der verfassungsmässigen Rechte (Souveränitätsinitiative)»

Souveränität der Schweiz und Grundrechte des Volkes stärken. Ablauf der Sammelfrist: 17.04.2025

➔ Weitere Infos: [www.grundrechte-ja.ch](http://www.grundrechte-ja.ch)

## Volksinitiative «Zum Schutz von Mensch, Haus- und Nutztier vor dem Wolf»

Auf dem Gebiet des Schweizerischen Nationalparks soll der Wolf den Status einer geschützten Art erhalten.

Im übrigen Gebiet der Schweiz sollen Wölfe als ganzjährig jagdbare Art gelten. Ablauf der Sammelfrist: 2.11.2024

➔ Weitere Infos: [www.wolfsinitiative.ch](http://www.wolfsinitiative.ch)

## Testament / Legate: Auch an die EDU denken!

**Möchten Sie über Ihr irdisches Leben hinaus Gutes tun? Dann berücksichtigen Sie die EDU in Ihrem Testament oder mit einem Legat. Jede Gabe stärkt das Fortbestehen und werte-orientierte Engagement der EDU.**



Die EDU betrachtet Gottes Wort als Massstab für ihr Reden und Handeln: eine solide, bewährte Grundlage, auf die eine intakte Gesellschaft bauen kann. Dafür übernehmen wir Verantwortung und erheben unsere Stimme. Damit wir auch in Zukunft «Licht für die Welt» sein können, sind wir als Partei auch auf Spenden und Zuwendungen aller Art angewiesen.

Dürfen wir Sie ausführlicher dokumentieren, wie Sie uns bei Legaten und Testamenten berücksichtigen können?

EDU Schweiz, [info@edu-schweiz.ch](mailto:info@edu-schweiz.ch), Tel. 033 222 36 37

# Jesus nahe sein – durch Fasten

Liebe Leserinnen und Leser



Das neue Jahr hat begonnen. Die einen setzen sich Ziele, andere machen weiter wie bis anhin. Ich gehöre zur ersten Gruppe, habe soeben begonnen mit Fasten und Gebet für die ersten 21 Tage des Jahres.

Warum Fasten? Weil im Wort steht, dass Jesus gefastet hat – und auch seine Jünger fasteten. Es gehört für mich zum Jünger-Sein dazu. In Matthäus 4:19 fordert Jesus dazu auf: «Kommt, folgt mir nach.» Nachfolge bedeutet, dasselbe zu tun wie Jesus, das schliesst auch das Fasten mit ein. Ich bin mir vollkommen bewusst, dass viele das nicht so sehen, am Sonntag wird es auch nicht gepredigt. Deshalb möchte ich diese Zeilen gebrauchen, um Ihnen einen Anstoss zu geben, es vielleicht doch mal zu versuchen.

Bei mir bewirken Fasten und Beten, dass ich in eine tiefere Beziehung zu Gott treten kann. Ich gewinne Erkenntnisse, mein Glaube wird gestärkt und es öffnen sich Türen dort, wo sie bis anhin verschlossen waren. Das Fasten ist ein wahrer «Booster» / Beschleuniger für den Wandel auf Erden mit Jesus. Es kann tatsächlich Berge versetzen.

Gottes Gnade ist dazu da, Dinge zu tun, die wir von uns aus nicht tun können. Wenn wir uns Jesus öffnen, erleben wir, wie sich unser Leben verändern wird. Seien Sie reich gesegnet!

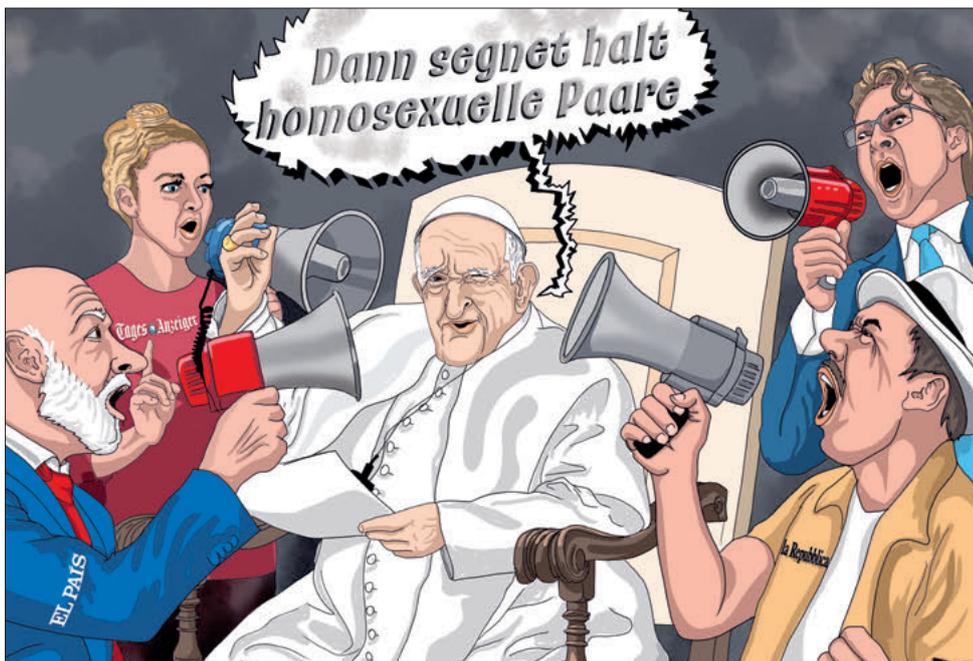
Martina Bolliger, Mitglied der Geschäftsleitung EDU Schweiz

## Wort des Monats

**DAS GESETZ SAGT: «GEH!» DAS EVANGELIUM SAGT: «KOMM!»**

«Christliche Perlen», [christlicheperlen.wordpress.com](http://christlicheperlen.wordpress.com)

## Monats-Karikatur: Ihr Wort ist meines Fusses Leuchte?





# Verschwörungstheorie oder Kritik?

**Bei einer Verschwörung will ein Kreis von Menschen die Ordnung der Gesellschaft stören. Eine Verschwörungstheorie entsteht beim Versuch, einen Sachverhalt oder ein Ereignis zu erklären. Meist handelt es sich dabei gar nicht um Theorien, sondern eher um Mythen, welche mündlich überliefert wurden und deren Richtigkeit nicht bewiesen ist. Viele mögen vielleicht einen wahren Kern haben, der Rest jedoch wird mit Phantasien, Ideologien und Vorstellungen ergänzt.**



Daniel Frischknecht, Präsident EDU Schweiz

Doch was passiert, wenn die Wissenschaft einer Überzeugung, sprich einer Annahme folgt und von dieser auch nicht abrückt, wenn es gegenteilige Beweise gibt? Dann entstehen ebenfalls eine Verschwörungstheorie und ein unveränderbares Denksystem, das

weder Kritik noch Widerspruch zulässt. Wenn gerade diese Verfechter Andersdenkende als Verschwörungstheoretiker titulieren, dann dient dies nur dazu, den anderen den Realitätssinn abzusprechen, um sie aus der Diskussion auszuschliessen.

## «Wahre Verschwörungstheorien»

So galt es z.B. als Verschwörungstheorie, dass US-Geheimdienste das Internet überwachen, User abhören und unerlaubt Nutzerdaten sammeln. Mit Edward Snowden, der den NSA-Skandal aufdeckte, konnte diese These bewiesen werden und gilt seither, zwar für die Kompromittierten als unangenehmes, aber trotzdem belegtes Faktum. Oder es kamen schon früh Zweifel daran auf, ob Saddam Hussein im Besitz von biologischen und chemischen Massenvernichtungswaffen sei. Doch um den Irakkrieg zu rechtfertigen, wiederholte die USA diese Behauptung immer wieder. Später stellte sich heraus, dass die Geheimdienstinformationen dazu gefälscht waren. Also Behauptungen, um eigenes geplantes Vorgehen zu legitimieren.

Doch es gab in der Politik bereits früher Verdachtsmomente, welche zuerst rigoros zurückgewiesen wurden, sich später aber als richtig herausstellten. So hatte der US-Geheimdienst CIA nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges mit Nazis zusammengearbeitet. Dabei wurden Nazi-Wissenschaftler aus Deutschland rekrutiert, um zu

vermeiden, dass deren Wissen in die Hände der Sowjetunion gelangt. Zahlreiche Lebensläufe wurden gefälscht, damit die Wissenschaftler in den Vereinigten Staaten arbeiten konnten. So wurden unethische Strategien realisiert, um einen eigenen Nutzen daraus zu ziehen.

## Fehlende Differenzierung

Ergo: Nur weil man sich etwas nicht vorstellen kann, heisst das nicht, dass eine kritische Meinung per se eine Verschwörungstheorie ist. Sie sollte zumindest überprüft werden. Eine kritische Grundhaltung kann auch ein Schutzfaktor sein. Nichtprüfung bedeutet ignorante Überheblichkeit. Heute gehört es – vor allem in den Medien – leider zum Standard, dass vieles, was dem Mainstream widerspricht, als «Verschwörungstheorie» abgetan wird. Dies schadet der demokratischen Diskussionskultur, baut Schutz- und Lerneffekte ab und verhindert, zwischen tatsächlichen Verschwörungstheorien zu unterscheiden. Pro memoria: Auch das erfolgreiche Beruhigungsmittel Thalidomid (Contergan) galt einst als wissenschaftlich geprüft und nebenwirkungsfrei, wer wollte schon einem solchen Qualitätsstandard widersprechen und in Frage stellen? Heute wissen wir mehr darüber, so ist beispielsweise der Thurgauer Nationalrat Christian Loehr ein Opfer dieses Irrtums.

Wenn wir aus solchen Vorkommnissen lernen würden, würde sich unsere Gesellschaft permanent weiterentwickeln, doch wird dies oft aus ideologischen Gründen unterbunden. So heisst es schon in der Schrift (Hos. 4,6): Mein Volk geht zugrunde aus Mangel an Erkenntnis. Deshalb lassen wir uns in der EDU auch nicht von Wörtern wie «Verschwörungstheorie» abschrecken. ●

# DV EDU Schweiz: Für eine gesicherte, enkeltaugliche AHV-Finanzierung

Die EDU Schweiz lud am Samstag, 13. Januar 2024 zur Delegiertenversammlung in der Momentum Church in Aarau. Über 70 Delegierte und Gäste fanden sich ein, um die Parolen für die kommenden eidgenössischen Abstimmungen zu fassen.

Mediendienst EDU Schweiz

Die beiden EDU-Nationalräte Andreas Gafner und Erich Vontobel berichteten von ihrer Arbeit aus dem Bundeshaus und gaben spannende Einblicke in laufende Geschäfte. Anschliessend standen die eidgenössischen Abstimmungsvorlagen vom 3. März 2024 im Fokus. Zur Volksinitiative «Für ein besseres Leben im Alter (Initiative für eine 13. AHV-Rente)» haben die Delegierten die Nein-Parole gefasst mit 54 Nein-Stimmen zu 11 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen. Zustimmung erhielt dafür die Volksinitiative «Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge (Renteninitiative)». Die Delegierten haben die Ja-Parole gefasst mit 51 Ja-Stimmen zu 13 Nein-Stimmen bei 6 Enthaltungen.

## Ja zur Wolfsinitiative

Nebst den Parolenfassungen befassten sich die De-

legierten mit der Volksinitiative «zum Schutz von Mensch, Haus- und Nutztier vor dem Wolf», die von Komiteevertretern vorgestellt wurde. Die Wolfsinitiative bezweckt, die Bundesverfassung so zu ändern, dass der Wolf (mit Ausnahme des Nationalparks) in der Schweiz den Status als «ganzjährig jagdbare Art» erhält. Der rasant wachsenden Wolfsbestand führe zu massiven Schäden, die artgerechte Tierhaltung auf Weiden und im Offenstall sei gefährdet. Wolfsabschüsse, um Haus- und Nutztiere zu schützen, sollen deshalb straffrei sein.

Ein erfrischendes Input-Referat hielt Andi Kleeli, leitender Pastor der Freien Christengemeinde Winterthur. Er motivierte Christen, vermehrt Verantwortung für die Gesellschaft zu übernehmen und die Botschaften Jesu zu den Menschen zu tragen. ●



Eidg. Volksabstimmungen vom 3. März 2024

## Parolen der EDU Schweiz

**Nein**

zur Volksinitiative «Für ein besseres Leben im Alter (Initiative für eine 13. AHV-Rente)»

**Ja**

zur Volksinitiative «Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge (Renteninitiative)»



# Wohlstand im Alter oder finanzielle Zeitbombe?

**Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) will mit seiner Volksinitiative «Für ein besseres Leben im Alter (Initiative für eine 13. AHV-Rente)» die Altersrenten der Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) erhöhen. Die monatliche Rente soll jährlich ein dreizehntes Mal ausbezahlt werden. Die Ergänzungsleistungen sollen dadurch weder reduziert werden noch soll der Anspruch darauf verloren gehen.**



Erich Vontobel, Nationalrat EDU ZH

Dieser Text steht so als Einleitung in der Botschaft des Bundesrates zu dieser Initiative. Das Anliegen kommt auf den ersten Blick sehr sympathisch daher. Gerade in Zeiten, wo alles laufend teurer wird, wäre wohl kein Rentner abgeneigt, 13 anstatt bloss 12 Mal pro Jahr eine AHV-Rente zu bekommen. Wer nimmt nicht gerne tausend oder zweitausend Franken mehr, wenn sie einem angeboten werden...

Dass dieser geplante Rentner-Geldsegen aber äusserst problematisch ist, zeigt sich zum Beispiel in Elmar Ledergerbers Kommentar in der Sonntagszeitung vom 14. Januar (Ledergerber war Zürcher SP-Stadtpräsident): «Diese Initiative ist reiner Populismus und hat mit Sozialpolitik nichts zu tun.» Oder in der Tatsache, dass die erwähnte Botschaft des Bundesrates in der gedruckten Fassung ganze 28 Seiten umfasst. Schwerpunkte seiner Ausführungen sind – wen wundert – vor allem finanzieller Art und beleuchten Auswirkungen auf die Sozialversicherungen, die privaten Haushalte (von Rentnerbezüglern und – was noch wichtiger ist – von Beitragspflichtigen), die Wirtschaft, sowie auf Bund, Kantone und Gemeinden.

## Folgen der Links-Lastigkeit

Im Moment zeigen Umfragen, dass sich viele Rentner eine 13. AVH-Rente wünschen. Gerade bei Menschen mit kleinen Einkommen ist das absolut nachvollziehbar. Wie soll man ihnen erklären, dass die Finanzierung einer 13. AHV-Rente hochproblematisch ist, wenn die Schweiz beispielsweise gleichzei-

tig Milliarden Franken an Entwicklungsgelder ins Ausland schickt, ohne dafür einen ersichtlichen Nutzen zu haben? Das ist in der Tat schwierig zu erklären, hat aber letztlich mit den Mehrheiten im Parlament zu tun. Wie auch die Tatsache, dass vieles laufend teurer wird. Unsere links-grün-lastigen Parlamente in Bund und Kantonen haben in den letzten Jahren sehr vieles «bestellt», das wir uns eigentlich gar nicht leisten können. Und da müssen sich halt auch viele Wähler selbst an der Nase nehmen. Sie haben es in der Hand, Politiker zu wählen, die nicht nur fordern und bestellen, sondern auch dafür besorgt sind, dass das, was bestellt wird, bezahlt werden kann. Und zwar ohne sozialistische Umverteilung.

Die EDU hat an der Delegiertenversammlung vom 13. Januar in Aarau mit 54 Nein zu 11 Ja bei 3 Enthaltungen die Nein-Parole zu dieser Volksinitiative gefasst und ist damit den Empfehlungen von Bundesrat, Nationalrat und Ständerat gefolgt. Auch ich werde am 3. März Nein zu dieser Vorlage sagen, obschon ich schon bald selber zum Kreis derjenigen gehöre, die mit einer 13. AHV-Rente beglückt werden sollen. Folgende Gedanken haben mich dazu bewegt:

## Massive Mehrkosten

Die 13. AHV führt zu jährlichen Mehrkosten in Milliardenhöhe und fährt unsere 1. Säule über kurz oder lang an die Wand. Es ist nicht fair, wenn wir «Alten» uns finanziell zulasten der Jungen auf Rosen betten wollen. Der demografische Wandel führt nämlich dazu, dass immer weniger Erwerbstätige die AHV-Renten einer immer grösseren und länger lebenden Rentnergeneration finanzieren müssen.

Ein Grossteil der Pensionierten ist nicht auf eine 13. AHV-Rente angewiesen. Nur 12 Prozent der heutigen Rentner beziehen neben der AHV-Rente Ergänzungsleistungen, weil sie mit der AHV-Rente nicht durchkommen. Eine AHV-Erhöhung mit der Giesskanne ist definitiv der falsche Weg. ●



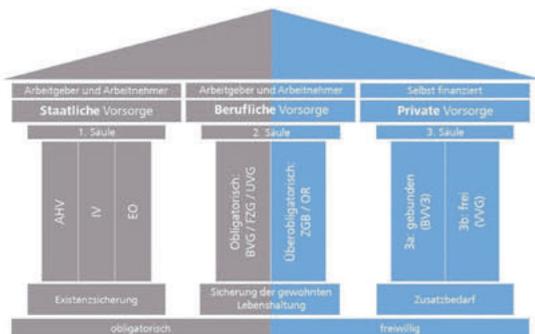
# Ja zur Renteninitiative

**Die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) hat ein Problem. Dem bedeutendsten Pfeiler der ersten unserer drei Säulen – welche noch die Invalidenversicherung (IV), Ergänzungsleistungen (EL), Arbeitslosenversicherung (ALV), Mutterschaftsversicherung (MSE) und Erwerbsersatz während des Militärdienstes (EO) enthält – geht auf die Dauer das Geld aus.**



Timmy Frischknecht, Präsident Junge EDU Schweiz

Seit Einführung der AHV sichern die Erwerbstätigen die Bezüger insbesondere nach dem Erwerbsleben, aber auch nach dem Tod eines Ehegatten, ab. Der Grund ist weit bekannt: Die Gesellschaft wird älter. Doch wieso soll das ein Problem sein?



Quelle: [www.raiffeisen.ch](http://www.raiffeisen.ch)

## Finanzierungsproblem

Die AHV wurde 1948 – also direkt nach dem Zweiten Weltkrieg – gegründet, um die Armut der Alten und Hinterbliebenen solidarisch zu sichern. So konnten rund 6,5 Erwerbstätige durch ihre Abgaben einen Rentner finanzieren – bei einer Lebenserwartung von rund 12 (Männer) respektive 14 Jahren (Frauen) nach der Pensionierung. Da die Lebenserwartung nun bei den Männern 20 und bei den Frauen bereits deutlich über 22 Jahren liegt und nur rund drei Erwerbstätige pro Rentner die Finanzierung zu tragen haben, öffnet sich eine Lücke, welche in absehbarer Zeit immer grösser wird.

Die Stellschrauben, an denen geschraubt werden kann, sind genauso bekannt, wie unattraktiv:

- Länger arbeiten
- Höhere Abgaben/Steuern
- Niedrigere Renten

## Rentenalter an Lebenserwartung koppeln

Die Renteninitiative, über die wir am 3. März 2024 abstimmen, setzt beim ersten Punkt den Hebel an. Sie will die Finanzierung der AHV mit der Erhöhung des Rentenalters nachhaltig sichern. Die Initiative fordert, zuerst das Rentenalter für Frauen und Männer schrittweise von 2028 bis 2033 auf

66 Jahre zu erhöhen. Nach 2033 soll das Rentenalter automatisch weiter steigen, wenn die durchschnittliche Lebenserwartung zunimmt. Die Erhöhung des Rentenalters soll dem Anstieg der Lebenserwartung allerdings nicht eins zu eins folgen, sondern nur zu 80 Prozent. Gemäss den aktuellen Prognosen des Bundesamtes für Statistik wird das Rentenalter um ungefähr einen Monat pro Jahr ansteigen und im Jahr 2050 etwa 67 Jahre und 7 Monate betragen.

Wenn das Rentenalter erhöht wird, haben wir aber auch sicherzustellen, dass etwas gegen die Altersarbeitslosigkeit unternommen wird. Aus- und Weiterbildung soll auch im Alter gefördert werden, Betroffene sollen gezielt unterstützt werden. Die Chance wieder einen Job zu finden, wird dadurch vergrössert.

Wir kommen wohl nicht darum herum, der Realität in die Augen zu sehen: Wenn nichts getan wird, werden viele Erwerbstätige ein Leben lang bezahlt haben, ohne diese Leistungen im Alter selbst in Anspruch nehmen zu können. Die EDU Schweiz hat mit der deutlichen Ja-Parole gezeigt, dass sie bereit ist, Realpolitik zu betreiben. ●

## Melden Sie uns Ihre E-Mail-Adresse

**Damit wir Sie auch in Zukunft rasch über politische Aktionen informieren können, bitten wir Sie, uns Ihre E-Mail-Adresse mitzuteilen: [newsletter@edu-schweiz.ch](mailto:newsletter@edu-schweiz.ch)**

Oder scannen Sie diesen QR-Code und Sie kommen direkt in Ihr Mail-Programm:





# «In gewissen Fragen als konservativ zu gelten, ist unvermeidlich»

**Andi Kleeli ist ein engagierter Pastor und Coach. Mit seinem Input-Referat, das er an der EDU-Delegiertenversammlung im Januar 2024 gehalten hat, machte er deutlich, dass er zum Spannungsfeld Christen in Gesellschaft und Politik einiges zu sagen hat. Wir haben mit ihm ein Interview geführt.**

Die Fragen stellte Anian Liebrand

**«Standpunkt»:** Herr Kleeli, Sie plädieren dafür, dass Christen vermehrt «in die Welt hinaus» treten und Verantwortung für die Gesellschaft übernehmen sollen – eine Sichtweise, die vor allem früher in einigen Gemeinden eher nicht geteilt wurde. Wie schätzen Sie die gegenwärtige Lage ein?

Andi Kleeli: Seit rund zwei Jahrzehnten stelle ich in den Reihen der Gemeinden der Schweizerischen Evangelischen Allianz (SEA) ein Umdenken fest. Aus meiner Sicht haben die «Christustage» mit dem Höhepunkt 2004 in Basel in dieser Sichtweise das Eis gebrochen. Seither haben sich Christen in vermehrter Masse in der Politik und Gesellschaft engagiert und den Kontakt zu Behörden und Regierungen gesucht. In Gottesdiensten wird aktiv für Wahlen und Abstimmungen gebetet und auch der Dank-, Buss- und Betttag hat wieder an Gewicht gewonnen. Daneben gibt es weiterhin eine Anzahl Gemeinden, die sich nach aussen verschlossen halten, die aber in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen werden.

**Sie beziehen sich auch auf Jesus Christus, der IN die Welt kam und IN der Welt war. Wie haben wir dies zu verstehen?**

Jesus wurde von den religiösen Führern seiner Zeit mit dem Vorwurf konfrontiert: «Seht, was für ein Schlemmer und Säufer, dieser Freund von Zöllnern und Sündern!» (Lukas 7.34). Und genauso liess er sich auf der anderen Seite auch von Schriftgelehrten zum Dinner einladen. Der Sohn Gottes hatte bei seinem Wandel auf der Erde offensichtlich keine Berührungängste. Sein Motto war: «Das Reich Gottes ist schon jetzt mitten unter euch» (Lukas 17.21). Das heisst doch, Jesus setzte sich bewusst mitten unter die Leute, um das Königreich zu ihnen zu bringen.

**Können Sie positive Beispiele von christlichen Engagements auf lokaler oder regionaler Ebene nennen, die Sie zur Nachahmung empfehlen?**

Ein leuchtendes Beispiel ist für mich die «Projektwoche» in St. Gallen, die seit über 20 Jahren tausende von Jugendlichen für eine Sportwoche anzieht. Organisiert von der Evangelischen Allianz St. Gallen, werden rund 800 Jugendliche von Profisportlern in über 30 Sportarten trainiert. An jedem Tag gibt es ein «Time out», bei dem Trainer oder Sportler Einblicke in ihr Leben als Christen geben und so offiziell gemäss St. Galler Tagblatt

«christliche und ethische Werte weitergeben, welche zu einer erfolgreichen Lebensgestaltung beitragen». Und um einen ganz anderen Bereich anzusprechen, möchte ich die christlichen Sozialwerke erwähnen, die in vielen Städten unschätzbar wertvolle Arbeit leisten. So hat allein die Sozialunternehmung «Stiftung Wendepunkt» im Aargau rund 900 Arbeits-, Vermittlungs- und Wohnplätze und generiert einen Umsatz von 26 Millionen Franken jährlich. Sie gilt nach Wikipedia offiziell als Partner von Bund, Kantonen, Gemeinden und der Wirtschaft.

**Sie stellen einen rasanten Gesellschaftswandel fest, die Stichworte sind «Entkirchlichung» und «Postevangelikalismus». Was verstehen Sie darunter?**

Die Abwanderung aus den offiziellen Landeskirchen ist ja genügend eindrücklich und erschreckend. Bei Familien, die aus den Kirchen ausgetreten sind, geniessen auch ihre Kinder keine religiöse oder kirchliche Einführung mehr. Tatsache ist, dass Menschen unter 40 oft keine Vorstellung mehr von Kirche oder Christentum haben. Ein Betreuer von Abdankungen im Friedhof erklärte mir kürzlich, dass inzwischen etwa jede dritte Trauerfeier ohne kirchlichen Akt stattfindet. Die Entkirchlichung der Gesellschaft ist eine fortschreitende Tatsache.

In der evangelikalen Welt macht eine neue Welle die Runde. Es sind Christen, die sich von der evangelikalen Theologie von der absoluten Verlorenheit des Menschen und Rettung durch Jesus Christus verabschiedet haben, wie auch von ihren Gemeinden.



Sie fragen sich etwa: «Kann es wirklich sein, dass alle Menschen verloren sind? Ist das ein Gott der Liebe?» Sie hinterfragen die gängigen festgeschriebenen Dogmen und legen vor allem den Begriff der Gnade sehr weit aus. Darüber hinaus sind sie in den Genderfragen sehr tolerant nach dem Motto: «Gott liebt alle Menschen wie sie sind».

**Gläubige Christen, die das Evangelium von Jesus als Grundlage ihres Denkens und Handelns sehen, werden in unserer Gesellschaft vermehrt als rückständig, verstaubt oder gar als «fundamentalistisch» bezeichnet und in eine Ecke gedrängt. Wie soll man aus Ihrer Sicht mit einem solchen «Framing» umgehen?**

Dass wir als bibelgläubige Christen etwa in ethisch-moralischen Fragen wie der Gender-Thematik als konservativ angesehen werden, ist wohl unvermeidlich. Wir können uns aber sehr wohl in jedes Thema eindenken und qualitativ tiefgreifende Gedanken, gesellschaftliche Zusammenhänge oder Folgerungen einbringen, die wir in einer modernen Sprache und auf Augenhöhe präsentieren. Wir können zum Beispiel aufzeigen, weshalb wir an klaren Familienwerten festhalten und welche Konsequenzen das gesellschaftliche Chaos von Patchwork-Gebilden aller Art für die Identitätsbildung von Jugendlichen hat. Eine Forschung dazu wäre nicht schlecht. Oder bei Erziehungsfragen. Die antiautoritäre Erziehung ist bei Pädagogen schon lange Geschichte. Vielmehr sind klare Werte wie «Liebe und Konsequenz» gefragt. Hier haben wir etwas zu sagen und einzubringen.

**Zur Person:**

Andi Kleeli, geboren 1963, ist verheiratet, Vater dreier Töchter und vierfacher Grossvater. Kleeli ist leitender Pastor der Freien Christengemeinde Winterthur und im Allianzrat der Evangelischen Allianz Winterthur (EAW). Ursprünglich Elektroniker, fand er zuvor in der Pionierzeit der Lokalradios zum Journalismus. Seit 2007 selbständig als Job-, Life- und Teamcoach (Coaching Kleeli).

**Verweise:**

➔ [www.coaching-kleeli.ch](http://www.coaching-kleeli.ch)  
➔ [www.eaw.ch](http://www.eaw.ch)

## «WAS ICH AN DER EDU SEHR SCHÄTZE, IST DER EINSATZ ZUR PFLEGE UND ZUM SCHUTZ UNSERES CHRISTLICHEN ERBES.»

**Auch unter Christen hört man zuweilen, man müsse mehr «mit der Zeit» gehen und bestimmte Bezüge zur Schrift «in einem moderneren Kontext» sehen – wodurch man sich dann mehr Anschluss in der Gesellschaft erhofft (Stichwort: Ehe für Nichtheterosexuelle). Sind solche Gratwanderungen überhaupt erfolgversprechend?**

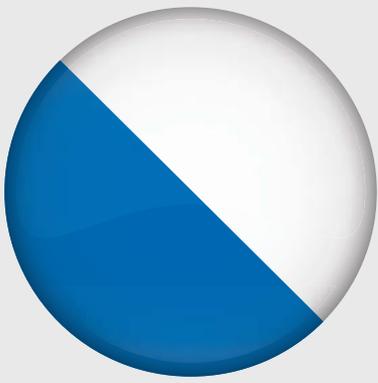
«Mit der Zeit gehen» bedeutet für mich, dass wir uns jeder Diskussion stellen. Neben den moralischen Fragen wie Homo-Ehe oder Geschlechtsumwandlungen wären zum Beispiel auch die ethischen Fragen zu nennen, wo es etwa um aktive Sterbehilfe, sprich «den selbstbestimmten Tod» geht. Ich glaube nicht, dass wir durch aufgeweichte Positionen einen Gewinn erzielen können. Wir sollen klare Überzeugungen formulieren und diese auch fundiert vertreten. Jede Position hat ihre Kosten und ihren Gewinn. Dabei wird es in der christlichen Szene immer eine Bandbreite geben, die wir dann so stehen lassen müssen. Denn Erkenntnis ist ja bekanntlich Stückwerk.

**Die EDU vertritt als wertkonservative Partei oft Positionen, die im «Mainstream» als wenig «sexy» gelten. Was ist Ihre Aussen-sicht auf die EDU?**

Was ich an der EDU sehr schätze, ist der Einsatz zur Pflege und zum Schutz unseres christlichen Erbes. Hier konnte die Partei ja auch die prominentesten Erfolge erzielen. Die klar biblischen Werte werden auch in der Öffentlichkeit wahrgenommen und respektiert. Was ich kritischer betrachte, ist eine gewisse Staatsfeindlichkeit unter biblischem Bezug. Man kann teilweise den Eindruck erhalten, dass dies die EDU zum Beispiel in der Corona-Pandemie in eine gewisse Nähe zu Verschwörungstheorien oder in Ausländerfragen zu ultrarechten Gruppierungen driften lässt. Hier wird meiner Ansicht nach viel Vertrauen und notabene auch Wählerpotenzial unter ernsthaft bibelgläubigen Christen aufs Spiel gesetzt, die beim Bibelstudium in einigen Fragen zu differenzierteren Positionen, zum Beispiel in den Fragen des Umgangs mit Migranten, gekommen sind. ●



Bilder: [www.projektwoche.ch](http://www.projektwoche.ch)



# KANTON ZÜRICH

## Wort des Präsidenten



Stefan Dollenmeier

Präsident EDU Kanton Zürich, ehem. EDU-Kantonsrat und Fraktionschef, Rütli

### **Wach bleiben – aufsehen – festhalten (lassen)!**

Das Jahr 2023 geht als ein Jahr voller Kriege und Naturkatastrophen in die Geschichte ein. Wird das neue Jahr Entspannung bringen? Oder wird es gar noch schlimmer?

In seinen Endzeitreden erzählt Jesus von bevorstehenden Kriegen, Hungersnöten, Erdbeben, Verführern, Verfolgung, falschen Wundern, Verfinsternung von Sonne und Mond und von Sternen, die vom Himmel fallen. Wenn ich das lese, wird mir angst und bange!

Doch dann lese ich weiter: Dass Sein Wort bestehen bleibt. Und damit alle Seine Zusagen gelten. In der Welt habt ihr Angst, aber seid getrost, ich habe die Welt überwunden. Und: Siehe, ich bin bei euch alle Tage bis an der Welt Ende.

Darum sollen wir wachen. Die Zeichen der Zeit erkennen. Aufschauen zu ihm. Uns an Ihm festhalten. Im Wissen darum, dass Er uns viel stärker hält, als wir Ihn jemals halten könnten. Welch tröstliche Zuversicht! ●

### **Mein Standpunkt**



Matthias Nufer

Gemeinderatskandidat, Bonstetten

### **Der Wahrheit verpflichtet**

Dafür wirbt die EDU. Sind nicht alle politischen Akteure der Wahrheit verpflichtet? Es gibt viele Beispiele, die zeigen, dass dies nicht selbstverständlich ist. So wird die binäre Geschlechterordnung geleugnet oder in diesen Tagen wird Israel von Südafrika des Völkermordes angeklagt.

Im Lärm der ideologischen Klimadebatte gehen negative Teilaspekte der erneuerbaren Energien völlig unter. Am Beispiel der Windenergieanlagen seien hier die Beeinflussung des Mikroklimas (Austrocknung der Böden), das Vogelsterben, der überdimensionale Platzbedarf und die Problematik der Entsorgung der Rotorblätter genannt. Es scheint, dass das ideologische Ziel die Mittel heiligt.

Während also auf der einen Seite mit Unwahrheiten und einem Drang zur Dramaturgie gekämpft

wird, werden andererseits viele positive Entwicklungen unter den Tisch gekehrt. Wussten Sie, dass sich die Anzahl der in absoluter Armut lebenden Menschen in den letzten 20 Jahren mehr als halbiert hat? In einem ebenso positiven Ausmass hat sich die weltweite Kindersterblichkeit oder der

Zugang zur Gesundheitsversorgung entwickelt. Die Politik hat die Möglichkeit, Menschen Hoffnung und Zuversicht zu geben, was sich auf unsere Gesellschaft weit konstruktiver auswirkt als unwissenschaftliche und ideologische Krisenstimmung. Ich bin Teil der EDU, weil hier konsequent für die Wahrheit eingestanden wird.

**Übrigens** kandidiere ich am 3. März für den Gemeinderat in Bonstetten. Danke, wenn Sie mich mit Ihrer Stimme und Ihren Gebeten unterstützen. ●



# Nein zu durchgehenden Uferwegen um die Zürcher Seen

**Durchgehende Uferwege um die Zürcher Seen mit ökologischer Aufwertung können nur mit Zwangsenteignungen realisiert werden und sind mit unverhältnismässig hohen Kosten verbunden.**



Thomas Lamprecht  
EDU-Kantonsrat, Bassersdorf

Ein linkes Komitee hat eine Vision: Entlang des Zürichsees soll bis zum Jahr 2050 ein durchgehender Uferweg entstehen – und damit einer, der sowohl durch öffentliche wie auch durch private Grundstücke führt. So will das Initiativkomitee den Zugang zum See für die Bevölkerung verbessern. Sein Hauptargument: Die Gewässer seien öffentlich – und die Ufer somit auch.

in mehreren Gemeinden konkret geplant sei – etwa in Männedorf, Uetikon, Erlenbach, Zollikon, Thalwil, Richterswil und Wädenswil.

## Keine Enteignung

Grundsätzlich dürfen private Grundstücke heute nicht gegen den Willen der Eigentümer für die Erstellung von Uferwegen beansprucht werden. Ausnahmsweise zulässig ist die Beanspruchung jedoch, wenn eine andere Führung des Uferweges nicht oder nur mit unverhältnismässigem Aufwand möglich ist. Diese Regel, die das Privateigentum schützt, aber Raum für Ausnahmen lässt, wurde vom Bundesgericht bestätigt. Mit diesen Regelungen gibt es bereits heute eine ausreichende und gute Grundlage, um Uferwege entlang des Zürichsees und weiterer Gewässer im Kanton zu verwirklichen und dabei Rücksicht auf die Anforderungen von Natur- und Gewässerschutz sowie die Beanspruchung von Privateigentum zu nehmen. Weitere Bestimmungen in der Kantonsverfassung sind nicht nötig.

## Genügend gesetzliche Grundlagen vorhanden

Der Regierungsrat ist der Auffassung, dass der Umgang mit Uferwegen im Kanton Zürich bereits eingehend geregelt ist. So stellt der Kantonsrat gestützt auf § 28b des Strassengesetzes stellt der Kantonsrat für die Erstellung der Uferwege entlang der Zürcher Seen und Flüsse gemäss den Richtplänen jährlich mindestens 6 Millionen Franken zur Verfügung. Mindestens zwei Drittel dieses Betrags sind für den Bau des Uferweges am Zürichsee einzusetzen. Die Standortgemeinden beteiligen sich an den Kosten von Wegabschnitten, sofern diese im Siedlungsgebiet liegen.



Seeuferweg-Steg (Süd) am Zürichsee, Richterswil ZH © Jag9889

## Rund die Hälfte des Seeuferwegs ist gebaut

Aktuell ist im Kanton Zürich mit knapp 26 km beinahe die Hälfte des Uferwegs rund um den Zürichsee gebaut. Auf weiteren 12,4 km verläuft er auf dem Trottoir entlang der Seestrasse. Auf gesamthaft 12,6 km Länge bestehen gemäss heutiger Uferwegplanung noch Lücken.

Der Regierungsrat sieht keinen Handlungsbedarf, diese Lücke durchgehend zu schliessen. Vielmehr seien punktuelle Projekte umzusetzen, wie dies heute im Strassengesetz vorgesehen und



# Ja zur Gerichtsorganisation

**Wir stimmen über eine Verfassungsänderung ab, weil vom Kantonsrat im Gesetz neue Regeln zur Altersbeschränkung und zur Wohnsitzpflicht für Richter sowie zum Laienrichtertum beschlossen wurden. Das zieht eine Verfassungsänderung nach sich.**



Hans Egli

EDU-Kantonsrat, Steinmaur

## Altersbeschränkung korrigiert

Nachdem das Bundesgericht gesagt hat, dass die Zürcher Praxis der Altersbeschränkung für Richter an die obersten Gerichte bundesrechtswidrig sei, musste eine Gesetzesanpassung vorgenommen werden. Diese hat der Kantonsrat am 25. September 2023 mit 168 zu 0 Stimmen angenommen. Das Gesetz unterstand dem fakultativen Referendum. Dieses ist nicht ergriffen worden; das Gesetz ist also gültig und kann in Kraft treten, sobald das Volk der Verfassungsänderung zustimmt. Denn die Voraussetzungen für die Wählbarkeit sind in der Kantonsverfassung geregelt. Darum muss nun auch unsere Verfassung angepasst werden.

## Laienrichter

Zum einen ist dies das Laienrichtertum, nachdem es auf der Stufe der Bezirksgerichte vom Volk bereits abgeschafft worden ist, und zum anderen die Wohnsitzpflicht der Handelsrichter. Die Altersbeschränkung für Richterinnen und Richter und die Abschaffung des Laienrichtertums sind unbestritten, hingegen ist die Wohnsitzpflicht für Handelsrichter bestritten.

## Handelsrichter

Das Handelsgericht ist ein kantonales Gericht und Kenntnisse über den Kanton sowie Vertrautheit mit den hiesigen Verhältnissen sind wichtig. Als Argument gegen die Wohnsitzpflicht von Handelsrichterinnen und Handelsrichtern wird vorgebracht, diese seien faktisch Gutachter. Das ist aber keinesfalls der Fall, lassen Sie sich nicht täuschen. Gutachter sind neutral, Handelsrichter hingegen Teil der Gerichtsbesetzung mit Einfluss auf das Urteil. Das ist ein wesentlicher Unterschied. Zürich als wichtigster Wirtschaftsstandort der Schweiz hat kein Problem, die nötige Expertise zu finden. Es gibt genug kompetente Bewerbungen aus dem Kanton und die EDU möchte deshalb an der Wohnsitzpflicht klar festgehalten.

Die Delegierten der EDU stimmen der Vorlage einstimmig zu. ●

## Unverhältnismässig hohe Kosten

Aus Sicht der EDU stehen die Kosten für die von der Volksinitiative geforderte Wegführung von schätzungsweise einer halben Milliarde Franken in keinem Verhältnis zu den im Strassenfonds vorhandenen Mitteln und den übrigen daraus zu finanzierenden Aufgaben.

Der Kantonsrat hat die Initiative mit 97 zu 74 Stimmen abgelehnt. Zustande gekommen ist das Nein mit einer Mehrheit aus den bürgerlichen Parteien sowie Teilen der GLP. Die Delegierten der EDU lehnen die Initiative einstimmig ab. ●



# Ja zu Recht und Ordnung Ja zur Anti-Chaoten-Initiative

**Der Kantonsrat ist sich einig: Wenn Demonstranten vorsätzlich Schäden und Kosten verursachen, sollen sie dafür bezahlen. Uneinig ist man sich darüber, ob die Anti-Chaoten-Initiative das richtige Mittel ist oder der Gegenvorschlag.**



Hans Egli

EDU-Kantonsrat, Steinmaur

Wir leben in einem Rechtsstaat. Zentral wichtiger Teil eines Rechtsstaats ist die Garantie von Grundrechten und zu diesen Grundrechten gehört die Versammlungs- und Meinungsäusserungsfreiheit. Sie gibt das Recht, sich zu versammeln und friedlich zu demonstrieren und dabei selbstverständlich auch seine Botschaften kundzutun. Sie gibt aber niemandem das Recht, Kravall zu machen, Sachen zu beschädigen und Leute anzugreifen. Die verstörenden Bilder der Kravalle nach der Demo zum Koch-Areal (einstmals besetztes Industrie-Areal) in Zürich sind immer noch in den Köpfen. Heute geht es nicht um friedliche Demonstranten, die für ihre Rechte kämpfen und auf Missstände aufmerksam machen, heute geht es um gewaltbereite Leute, die in sinnloser Zerstörungswut durch die Strassen ziehen und bei denen oft nicht einmal sicher ist, ob sie überhaupt irgendwelche politischen Ziele haben. Das Bedürfnis, solche Chaoten – oder wie immer man sie nennen will – stärker in die Pflicht zu nehmen, ist nachvollziehbar und richtig.

## Friedliche Demos

Der «Marsch fürs Läbe» zum Beispiel ist seit je eine bewilligte Demo, von der keinerlei Gewalt ausgeht. Darum sehen die Veranstalter durch Initiative und Gegenvorschlag keine Nachteile für ihren Anlass. Problematisch wird es, wenn Provokateure in den Umzug eingeschleust werden, wie es bei Corona-Demos in Deutschland gemacht wurde. Dann könnte es so aussehen, als ginge die Aggression von den Marschteilnehmern aus. Es gehört zu den anspruchsvollen Aufgaben des Sicherheitsteams vom «Marsch fürs Läbe», *Agents Provocateurs* frühzeitig zu erkennen.

## Gegenvorschlag

Der Gegenvorschlag der Kommissionsmehrheit sieht vor, dass bei ausserordentlichen Polizeiein-

sätzen die Kosten zwingend auf die verursachende Person abzuwälzen sind, wenn diese vorsätzlich gehandelt hat. Das ist auch nach geltendem Recht möglich, aber halt nicht zwingend. Nach geltendem Recht ist es nur eine Kann-Vorschrift.

Die Verschärfung der Kostentragungspflicht bei vorsätzlichem Handeln spült der Staatskasse nicht tausende von Franken in die Kasse, aber sie stärkt das Verursacherprinzip und dürfte auch eine gewisse präventive beziehungsweise abschreckende Wirkung haben. Und damit es in aller Deutlichkeit gesagt ist: Es geht nicht darum, die Leute davon abzuhalten zu demonstrieren, es geht darum, jene, die sich um die Gesetze foutieren, stärker in die Pflicht zu nehmen.

## Bewilligung für Demos

Der Gegenvorschlag der Kommissionsmehrheit sieht ausserdem eine Bewilligungspflicht vor für Demonstrationen, Kundgebungen und andere Veranstaltungen. Dies ist in den meisten Gemeinden im Kanton Zürich heute schon der Fall und es macht auch Sinn. So kann das zuständige Gemeinwesen die verschiedenen Interessen gegeneinander abwägen. Das Recht, zu demonstrieren, gilt ja nicht absolut. Zu berücksichtigen sind auch andere Grundrechte und andere Rechtsgüter, wie beispielsweise die Wirtschaftsfreiheit der Gewerbetreibenden, die Aufrechterhaltung der Sicherheit, der Schutz vor übermässigen Immissionen, der öffentliche und der private Verkehr.

Die EDU unterstützt die Initiative und den Gegenvorschlag. Bei der Stichfrage bevorzugt die EDU den Gegenvorschlag. Füllen Sie Ihren Stimmzettel wie folgt aus:

- A. Initiative: Ja
- B. Gegenvorschlag: Ja
- C. Stichfrage: Vorlage B ankreuzen



# Ja zur Flugpistenverlängerung

**Die Verlängerung von zwei Pisten am Flughafen Zürich soll zu mehr Sicherheit und weniger Verspätungen führen. Dies könnte aber auch mehr Starts und Landungen und somit mehr Fluglärm mit sich bringen.**



Thomas Lamprecht  
EDU-Kantonsrat, Bassersdorf

Der Flughafen Zürich verfügt über drei Pisten. Davon sollen die Nord-Süd-Piste 14/32 sowie die Ost-West-Piste 10/28 verlängert werden. Durch die Verlängerungen soll ein stabilerer Betrieb möglich sein, vor allem abends. Die Gegner wenden ein, dass dem Pistenausbau 26 Hektaren Kulturland zum Opfer fallen, davon 20 Hektaren wertvolle Fruchtfolgeflechte.

## Verlängerung der Piste 10/28

Hier geht es um die Anflüge abends von Osten her. Weil die Piste relativ kurz ist, weigern sich manche Piloten schwerer Maschinen, sie bei Nässe zu benutzen, und verlangen den Anflug von Süden her. Einem solchen Wunsch müssen die Fluglotsen entsprechen. Verspätungen sind die Folge. Mit einer längeren Piste sollen alle Maschinen bei fast allen Bedingungen landen können. Dem ist entgegenzuhalten, dass Verspätungen auch aufgrund des internationalen Flugplans zustande kommen oder sich bei Langstreckenflügen summieren und es also weiterhin Verspätungen geben wird.

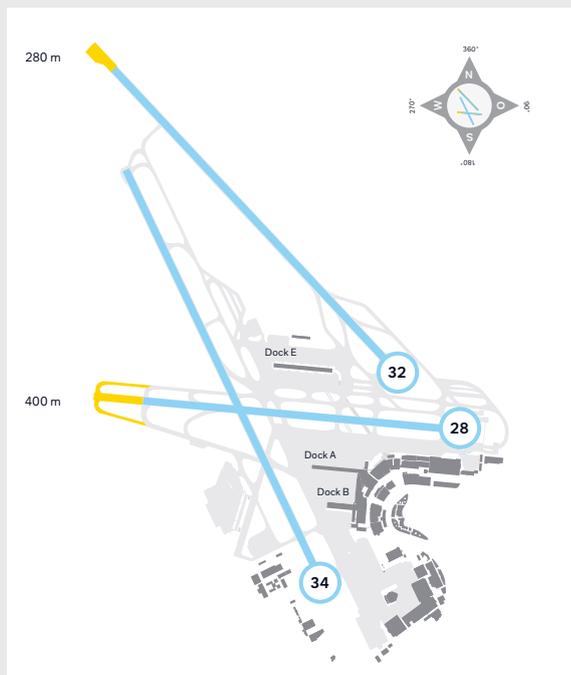
## Verlängerung der Piste 14/32

Heute ist die Startpiste 32 zu kurz für manche Flugzeugtypen. Sie müssen auf die nicht ganz parallel verlaufende Piste 34 ausweichen. Auf dem Weg zum Start sowie beim Start müssen die Maschinen Pisten am Boden kreuzen. Das ist mit Blick auf die Sicherheit nicht optimal und kostet Zeit.

## Mehr Flugverkehr?

Die Gegner der Verlängerungen befürchten, dass längere Pisten über kurz oder lang zu Kapazitätssteigerung führen. Das bedeutet mehr Flugverkehr, mehr Lärm, mehr Umweltbelastung. Es geht aber darum, den Betriebsablauf sicherer zu machen. Dies betrifft die Anflüge von Osten her ab 21 Uhr und an Wochenenden ab 20 Uhr sowie tagsüber bei starkem Westwind.

Die Zahl der Flugbewegungen soll von 66 auf 70 Flugbewegungen pro Stunde gesteigert werden.



Dies ist eine Rückkehr zur Zahl, die vom Bund eigentlich vorgesehen ist, aus technischen Gründen aber nicht mehr ganz ausgeschöpft werden kann. Persönlich bin ich überzeugt, dass es nur eine Frage der Zeit ist, bis es zu einem Crash kommt, weil es heute zu vielen Kreuzungen am Boden sowie in der Luft gibt. Nach einem Beinahe-Crash 2010 hatte der Bund eine Sicherheitsüberprüfung angeordnet. Die Verlängerungen sind eine von mehreren Empfehlungen daraus.

## Und die Kosten?

Die Kosten belaufen sich auf 250 Millionen Franken. Teuer ist vor allem der Ausbau im Westen mit der Glatt-Verlegung. Dieser Betrag wird von der Flughafen Zürich AG mit den Einnahmen aus den Flughafengebühren getragen. Steuergelder werden keine verwendet.

Gemäss Gesetz hat das Volk das letzte Wort bei allen Veränderungen am Pistensystem. Der Zürcher Kantonsrat hat mit 87 zu 83 Stimmen den Verlängerungen zugestimmt. SVP, FDP, Mitte, EVP und EDU sind dafür, SP, GLP, Grüne und AL dagegen. Die Delegierten der EDU stimmen der Pistenverlängerung mit 11 Ja zu 5 Nein bei einer Enthaltung zu. ●

# Souveränitätsinitiative vs. WHO-Pandemievertrag –

**Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat in den letzten Jahren einen bedeutenden Schritt unternommen, um «auf globale Gesundheitskrisen besser vorbereitet zu sein». Doch der Pandemievertrag ist nicht der Heilsbringer – im Gegenteil. Was sind die Gefahren für die Schweiz?**



Jan Leitz

stellvertretender Geschäftsführer EDU Kanton Zürich

Der WHO-Pandemievertrag entstand als Reaktion auf die COVID-19-Pandemie. Damit soll die internationale Gemeinschaft besser auf künftige Gesundheitskrisen vorbereitet und die Zusammenarbeit zwischen Mitgliedstaaten verbessern werden. Es sollen sich die Vertragsparteien zur Zusammenarbeit bei Früherkennung, Bekämpfung und Bewältigung von Pandemien verpflichten – durch die Bereitstellung von Ressourcen, Austausch von Informationen und Förderung von Forschung & Entwicklung im Gesundheitsbereich erreicht werden. Tönt gut, ist es aber nicht:

Ressourcen bereitstellen = wir müssen zahlen.

Informationsaustausch = der gläserne Bürger – und zwar weltweit.

Förderung von Forschung & Entwicklung im Gesundheitsbereich = Oktroyierte «gesicherte wissenschaftliche Erkenntnisse» als absolute Wahrheit.

Durch den WHO-Vertrag soll dieser Organisation umfangreiche Kompetenzen erteilt werden, mit der Folge auf undemokratische Weise irgendwelche Richtlinien durchsetzen zu können, ohne dass dies durch einen demokratischen Prozess überprüft und abgesegnet werden könnte.

## **WHO-Vertrag kennt keine Grenzen**

«Die WHO sollte die Klima- und Naturkrise zum Gesundheitsnotstand erklären» – so mehr als 200 wissenschaftliche Fachjournale. «Es sei ein gefährlicher Fehler, die Klima- und die Naturkrise separat zu betrachten», heisst es in einem Aufruf. «Die Klimakrise und der Verlust der biologischen Vielfalt schädigen beide die menschliche Gesundheit, und sie sind miteinander verknüpft», teilte BMJ-Chefredakteur Kamran Abbasi mit. «Deshalb müssen wir sie gemeinsam betrachten und einen globalen Gesundheitsnotstand ausrufen.»

Grenzen der Allmachtsfantasien der herrschenden Apparatschiks gibt es wohl nicht. Zukunft-ch.

ch berichtete bereits Ende März 2023 von den Gefahren des WHO-Vertrags. Der Zürcher RA Philipp Kruse erklärte dabei:

Nebst dem WHO-Vertrag wird auch der IHR verhandelt: «Vertrag der internationalen Gesundheitsvorschriften». Diese beiden Dokumente führen zu folgender Konsequenz:

Die WHO kann mit diesen Verträgen eine „Pandemie“ ohne triftigen Grund weltweit ausrufen und für alle Staaten «verbindlich» erklären. Die Folge: eine dauerhafte Beseitigung von Souveränität, Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung, eine Suspendierung der Grundfreiheiten und Bedrohung der Gesundheit.

Zwar würde der WHO-Vertrag Menschenrechte und Verhältnismässigkeit erwähnen, jedoch könnten diese «ausgehelt» werden, «wenn es dem Schutz der öffentlichen Gesundheit diene». Diese Argumentation nutzten Behörden und Gerichten weltweit bereits während der «Covid-19-Krise» zur Rechtfertigung. Die Umsetzung soll dabei auf allen Stufen des Staates, der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft erfolgen. Kruse spricht in diesem Zusammenhang von einem «Top-Down-Approach der WHO», d.h. die Massnahmen werden «oben» auf Stufe WHO angeordnet und «unten» – ohne Mitspracherecht – auf Stufe Nationalstaat umgesetzt.

Das widerspricht allem, für was die Schweiz steht. Was jeder von uns im Kleinen zutiefst ablehnt – nämlich, dass irgendein dahergelaufener Bully zu bestimmen beginnt, was gemacht werden muss – das lehnt die Schweizer Bevölkerung auch im Grossen ab.

## **Das «Wahrheitsministerium» wird informieren**

Wir dachten die Corona-Pandemie hinter, deren Aufarbeitung vor uns – und hoffen, dass der Staat nie wieder dermassen «über die Stränge schlagen»



# Gefahren für die Schweiz



wird. Und dann liest man in Art. 18 des WHO-Vertrags: Die Staaten sollen die sozialen Medien beobachten, um die Verbreitung von Fehl- und Falschinformationen zu ermitteln und eine Nachrichtenstrategie zu entwickeln, um diesen entgegenzuwirken. Wiederum soll nur eine «Wahrheit» zählen – und zwar die der WHO! Wir hätten nichts mehr zu sagen und

müssten diese «Wahrheit» akzeptieren – wenn nicht: «Aluhüte», «Schwurbler» «rennt doch zu eurem Stumpen-Jesus Ihr Nazis».

Zweifelt nicht, dass es so weit kommen würde. Wir haben die Meinungsmache noch gut in Erinnerung. Und wir wissen: Die Lüge oft genug wiederholt wird zur Wahrheit.

Art. 18 öffnet Tür und Tor zur Ausschaltung unliebsamer Ansichten und stellt eine gravierende Gefahr für die Meinungsfreiheit dar. Das darf nicht geschehen! Das ist höchst undemokratisch. Die sogenannte «vierte Gewalt» muss wieder unabhängig werden und staatskritisch journalieren. Die Meinungsfreiheit ist Verfassungsrecht! Deren Einschränkung durch einen undemokratischen Staatsvertrag ist schlicht unzulässig!

## Haben wir bereits «Allmachtsfantasien» erwähnt?

Art. 17 des WHO-Vertrags sieht einen «One Health Approach» vor: «Alles ist Gesundheit». Er führt in der Folge zu Pandemieprävention und will zur Wiederherstellung der Gesundheitssysteme einen «einheitlichen Gesundheitsansatz» einführen. Bedeutet: Die Schweiz muss bei Planungen und Prävention auch «Krankheiten an der Schnittstelle von Mensch-Tier-Umwelt» einbeziehen – «einschliesslich, aber nicht beschränkt auf Klimawandel».

Hört Ihr die Flöhe husten? Das kann alles oder nichts heissen. Irgendwelche WHO-Funktionäre werden so immer mit irgendwelchen wagen «Begründungen» erklären können, wieso wir jetzt bspw. «Trans-Inklusions-Kurse» für Kindergärtler einführen müssen, um eine weltweite Gesund-

heits-Krise zu verhindern. Auf diese Weise könnte jegliche ideologische Begehrlichkeit und Massnahme mit möglichen gravierenden Einschränkungen für Menschenrechte «gerechtfertigt» werden.

## Was tun?

Sollte der WHO-Vertrag in dieser Form in Kraft treten, war 's das mit der Souveränität der Schweiz. Die Bundesverfassung würde dauerhaft ausser Kraft gesetzt ohne jeden Korrekturmechanismus. Deswegen müssen wir genau eins tun: Aus der WHO austreten!

## Unsere Stimme in Bern

Erich Vontobel fragte die für dieses Dossier zuständige Nora Kronig, wieso die Entwürfe des WHO-Vertrags nicht auf Deutsch, Französisch und Italienisch auf den Seiten des Bundes publiziert würden. Eine Antwort erhielt er nicht. Die verantwortlichen Behörden würden aber gut daran tun, in einem ersten Schritt Transparenz zu schaffen und diese Entwürfe auf Deutsch, Französisch und Italienisch zu publizieren. Wieso foutieren sie sich darum? Honit soit qui mal y pense!

In einem Interview mit der NZZ antwortete sie auf die Frage, ob Volk und Parlament mitreden könnten, ausweichend und meinte: «Die Anpassungen der internationalen Gesundheitsvorschriften sind eher geringfügig und technischer Natur, da braucht es nicht unbedingt einen Parlamentsbeschluss.»

Bei dem Ausmass der auf uns zukommenden Vorschriften sagen wir klar: Nein!

Die von der EDU unterstützte Souveränitätsinitiative verhindert diese Fehl-Entwicklung. Unterschreiben Sie noch heute!



Souveränitäts-Initiative unterschreiben  
[grundrechte-ja.ch](https://grundrechte-ja.ch) ●



## Pray for Zurich

Samstag, 3. Februar 2024  
Start 9.30 Uhr



Wir sind Ihnen sehr dankbar für eine Anmeldung, damit wir das Mittagessen organisieren können.



Veranstaltungsort:  
Kirchgemeinde Neumünster  
Seefeldstrasse 91  
8008 Zürich

«DEINE GÜTE REICHT,  
SOWEIT DER HIMMEL IST.»

Psalms 108,5

Die EDU gratuliert den Parteimitgliedern,  
die im Februar 2024 einen runden  
Geburtstag feiern

**Rudolf Kunz, Gossau**  
**Willi Baumann, Bäretswil**  
**Hanspeter Büchi, Stäfa**  
**Rolf Baumgartner, Neftenbach**



# PARTEITAG 2024

EDU Kanton Zürich

Cevi-Zentrum Glockenhof, Sihlstr. 33, Zürich

## Gebetstreffen

- Bülach:** jeweils am 2.+4. Montag im Monat, 20 Uhr:  
12.+26. Februar, 11.+25. März, 8.+22. April  
Gebetshaus Bülach, [www.gebetshaus-zhu.ch](http://www.gebetshaus-zhu.ch)  
Winterthurerstr. 23, 8180 Bülach  
Info: Markus Wäfler, 044 856 01 93
- Hausen a.A.:** letzter Mittwoch im Monat 19-21 Uhr  
28. Februar, 27. März, 24. April, 29. Mai  
Gebetshaus, Rigiblickstr. 17, Hausen a. A.  
Info: Johanna Feusi, 079 590 36 09
- Männedorf:** mittwochs von 9-10 Uhr (gerade Kalenderwochen)  
7.+21. Februar, 6.+20. März, 3.+17. April  
Luegislandstr. 27, 8708 Männedorf  
Info: Margrit Vetter, 044 920 45 43
- Rüti:** erster Donnerstag im Monat um 20 Uhr:  
1. Februar, 7. März, 4. April, 2. Mai  
ETG Rüti, Weinbergstrasse 22, 8630 Rüti  
Info: Maya Gustavs, 055 240 73 53
- Tösstal:** zweiter Dienstag im Monat um 9:30 Uhr:  
13. Februar, 12. März, 9. April, 14. Mai  
Hohmattring 23 F, 8488 Turbenthal  
Info: Ruth Bättig, 052 385 22 72
- Uster:** letzter Donnerstag im Monat, 18:00-19:30 Uhr:  
29. Februar, 28. März, 25. April  
Gebetshaus, Buchhaldenweg 11, 8610 Uster  
Info: Conny Brizza, 078 860 60 16
- Wädenswil:** zweiter Freitag im Monat um 19:30 Uhr:  
16. Februar, 8. März, 12. April, 10. Mai  
Sennhus 4, 8820 Wädenswil  
Info: Berti Stocker, 044 781 20 42
- Winterthur:** jeweils am 2.+4. Mittwoch im Monat, 18:15-19:15 Uhr:  
14.+28. Februar, 13.+27. März, 10.+24. April  
Stadtmission, Technikumstr. 78  
Info: Daniel Suter, 079 216 03 16
- Zürich:** zweiter Mittwoch im Monat, 17:30-18:30 Uhr:  
14. Februar, 13. März, 10. April, 8. Mai  
Cevi-Zentrum Glockenhof, Sihlstr. 33, 2. Stock, 8001 Zürich  
Info: Thérèse Nyffenegger, [therese-m@bluewin.ch](mailto:therese-m@bluewin.ch)

## Herzlichen Dank für Ihre Spende

Fr. 318'200.-  
Budget

Fr. 297'000.-  
Spenden

Es fehlen: Fr. 21'200.-

**Spenden von  
Januar bis  
Dezember 2023**

**!! Ein Wunder:** Dank Ihrer Grosszügigkeit konnten wir das Budget wieder aufholen und all unseren Verpflichtungen nachkommen. Welch ein Segen! Somit haben wir die doppelte Freude: einen EDU-Nationalratssitz und keine Schulden. Ganz, ganz herzlichen Dank Ihnen und Gott, dem Wundervollbringer.



Ihre Spenden an die EDU sind vom steuerbaren Einkommen abzugsberechtigt; Ehepaare bis Fr. 20'000, alle anderen bis Fr. 10'000. Die Spendenbescheinigung für Ihre Steuererklärung erhalten Sie im Februar des Folgejahres. Haben Sie Fragen? Kontaktieren Sie den Kassier der EDU Kanton Zürich, Martin Lobsiger: 044 860 06 33; [martin.lobsiger@edu-zh.ch](mailto:martin.lobsiger@edu-zh.ch).

### Impressum

**Spendenkonto**  
**Redaktion**  
**Gestaltung**

**EDU Kanton Zürich**  
Bürglistrasse 31, 8400 Winterthur  
052 222 42 61, [info@edu-zh.ch](mailto:info@edu-zh.ch)

IBAN: CH35 0900 0000 8003 7173 6  
Daniel Suter, Jan Leitz  
Lukas Frey

# Wird Europa ein Superstaat?

**Zwar wird behauptet, Europa solle demokratischer werden, aber die vorgeschlagenen überstaatlichen Eingriffe sprechen eine andere Sprache. Was könnte das für die Schweiz bedeuten, falls sie sich mit den geplanten Binnenmarktabkommen – vorher Institutionelles Rahmenabkommen – an die EU anbindet?**



Lisa Leisi, Präsidentin EDU Kanton St. Gallen

Der Entscheid am 22. November 2023 war knapp: das Europäische Parlament nahm den Entwurf von 267 Änderungen der EU-Verträge mit 291 Ja zu 274 Nein bei 44 Enthaltungen an. Sicher ist, dass die EU damit weder demokratischer noch sozialer wird, mächtiger hingegen schon.

## Nationalstaaten werden entmachtet

Denn Entscheidungen über die Aussenpolitik, die Streitkräfte, das Gesundheitswesen, die industrielle Entwicklung sowie die Aufnahme von Millionen von Migranten sollen neu alleine in Brüssel gefällt werden. Das Vetorecht wird Oppositions-Ländern entzogen. Dabei sollen sich Deutschland, Frankreich, Italien und die Niederlande zusammen gegen die anderen 23 Länder durchsetzen können. In Zukunft sollen etwa die Gender-Ideologie, Lehrplaninhalte, Umweltschutzmassnahmen, Abtreibungsgesetze oder die Bekämpfung von Diskriminierung diktiert werden.

Der «Schutz der EU-Werte» soll es zudem rechtfertigen, Befugnisse von Mitgliedstaaten zu suspendieren, wenn diese gegen die «Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Menschenrechte oder Rechtsstaatlichkeit» verstossen. Die Beurteilung dieser unklaren Rechtsbegriffe dürfte zu Repressionen aus politischen Gründen gegenüber Mitgliedsstaaten wie Ungarn führen.

## Sicherung der Europäischen Zukunft

Nach weiteren Verhandlungen müssen die Vertreter der Mitgliedsstaaten dem endgültigen Inhalt der Vertragsänderungen einstimmig zustimmen. Danach können keine Veränderungen am Inhalt mehr vorgenommen werden. Bei 267 vorgesehenen Änderungsanträgen reicht es, wenn die wichtigsten durchkommen und diese die EU immer mehr zu einem Superstaat machen. Laut Christian Moos, Generalsekretär der Europa-Union Deutschland (EUD), werde damit das Parlament der Verantwortung für Europas Zukunft gerecht. Zudem werde mit den Reformen unter anderem der Ukraine die Aufnahme ermöglicht.

## Verhandlungen Schweiz-EU

Bern und Brüssel haben nach dem gescheiterten Institutionellen Rahmenabkommen die Verhandlungen wieder aufgenommen. Betroffen davon sind die Berei-

che Strom, Lebensmittelsicherheit, Gesundheit, systematische Teilnahme an EU-Programmen, regelmässige Kohäsionsbeiträge an die EU, Personenfreizügigkeit, Landverkehr, Luftverkehr, technische Handelshemmnisse (MRA) und Landwirtschaft. Beihilfebestimmungen sollen beim Strom, Luftverkehr und Landverkehr gelten. Erneut soll der EU-Gerichtshof EU-Recht auslegen und die Schweiz will sich zur dynamischen Rechtsübernahme bekennen – bei gewissen Ausnahmen wie bei der Personenfreizügigkeit. Neu soll es nicht mehr eine Super-Guillotine geben, sondern «nur» noch «proportionale Kompensationsmassnahmen», sprich Strafmassnahmen bei Nichtumsetzungen. Laut Bundesrat Cassis können alle Details noch einmal diskutiert werden.

## Mit und ohne Eigenständigkeit schwierig

Lohndruck, unfaire Konkurrenz und bei der Stromversorgung und dem internationalen Schienenverkehr sollen statt regulierter Grundversorgung und Kooperation Wettbewerb und Liberalisierung greifen, kritisiert der Schweizerische Gewerkschaftsbund. Speziell verheerend dürfte sich die vorgesehene, sog. «dynamische Rechtsübernahme» auswirken, insbesondere, wenn die EU-Mitgliedsstaaten den weitreichenden, zentralistischen Verträgen zustimmen werden. Mit und ohne Binnenmarktabkommen wird es schwieriger für das Erfolgsmodell Schweiz. Die Frage ist nur: Wollen wir mit mehr oder weniger Freiheit die Herausforderungen angehen? Ich bin für mehr Freiheit. ●



# Hamas-Angriff auf Israel: Haben Sicherheitsverantwortliche Warnungen ignoriert?

**Der für die in Hamas-Geiselhaft befindliche Bevölkerung des Gaza-Streifens verheerende Krieg, ausgelöst durch den mörderischen Angriff der Hamas vom 7. Oktober 2023 auf die israelische Bevölkerung dauert nun schon mehr als drei Monate und ein Ende ist nicht absehbar.**

Markus Wäfler, alt Nationalrat EDU ZH



Offizielles Ziel der israelischen Regierung ist die totale Vernichtung der Hamas, obwohl auch die Regierung Netanjahu genau weiss, dass dies nicht möglich ist, weil die Hamas – wie auch der Islamische Staat (IS) – eine Ideologie in den Köpfen ist, die im tiefen Hass vieler Palästinenser gegen Israel wurzelt. In Israel und überall auf der Welt wird die berechnete Frage gestellt, ob der überfallartige Angriff der Hamas am 7. Oktober 2023 nicht hätte verhindert werden können. Und da ziehen für die Regierung Netanjahu dunkle Wolken auf, weil in den Medien aus zuverlässigen Quellen bekannt geworden ist, dass massgebliche Warnungen und Hinweise des israelischen Geheimdienstes von den Verantwortlichen nicht ernst genommen wurden. Sie passten nicht ins Konzept der zuständigen israelischen Politiker und Militärstrategen.

## Ignorierte Warnungen

Die entlang der Grenze zu Gaza stationierten Soldaten auf den Beobachtungsposten, die mit Hilfe von Sicherheitskameras und Sensoren alle Aktivitäten und Veränderungen im Gazastreifen registrierten, rapportierten nämlich Auffallendes. In den Wochen vor dem Angriff beobachteten diese Soldatinnen, dass die Hamas mit Drohnen regelmässig die israelischen Positionen ausspionierte. Hamas-Anhänger bauten sogar massstabgetreue israelische Grenzposten auf und trainierten darin. Ebenso stellten diese Beobachter fest, dass bewaffnete Hamas-Terroristen entlang der Grenze Löcher gruben und darin Sprengstoff und GPS-Störsender versteckten. Sie rapportierten diese Beobachtungen an ihre Vorgesetzten, aber niemand glaubte ihnen. Der ehemalige Leiter der Forschungsabteilung des militärischen Nachrichtendienstes, Yossi Kuperwasser, sagte z.B. zur «Weltwoche»: «Wir waren überzeugt, dass sich die Hamas von einer revolutionären zu einer gemässigten und pragmatischeren Bewegung entwickelt hatte».

Hamas-Chef Sinwar war es offensichtlich gelungen, die Israelis zu täuschen und den Eindruck zu erwecken, dass ihm die wirtschaftliche Entwicklung wichtiger sei als der bewaffnete Kampf gegen Israel. So hatte er angeblich Premier Netanjahu mit einer handgeschriebenen Notiz aufgefordert, ein kalkuliertes

Risiko einzugehen und Hilfe aus Katar in den Gazastreifen zu lassen, um Familien und die Beamten der Hamas zu unterstützen. Daraus folgerten die Israelis gemäss Kuperwasser, dass die Hamas nicht am Krieg interessiert sei. Sie gingen davon aus, die Hamas würde die monatlichen Zahlungen von 30 Millionen Dollar aus Katar und die 17'000 Arbeitsbewilligungen für Palästinenser aus Gaza für ihre Erwerbstätigkeit in israelischen Kibbuzim nicht aufs Spiel setzen. Die «New York Times» enthüllte ihrerseits, dass Spione des militärischen Geheimdienstes ebenfalls alarmierende Beobachtungen rapportierten und dass israelische Beamte den Schlachtplan der Hamas mehr als ein Jahr vor dem Angriff erhielten. Das etwa 40-seitige Dokument, von den Israeli unter dem Codenamen «Jericho-Mauer» geführt, zeichnete genau den Invasionsplan der Hamas auf und zirkulierte angeblich in weiten Kreisen des Militärs und des Geheimdienstes. Aber die Verantwortlichen waren überzeugt, dass die Hamas für eine solche Operation weder personell noch materiell imstande wäre.

## Aufklärung ist nötig

Diese unglaublichen Fehlentscheide der Regierung Netanjahu kosteten seit Oktober 2023 1'200 Israelis das Leben. Viele wurden grausam gefoltert und Frauen vergewaltigt, 240 Israelis wurden von den Hamas in den Gazastreifen verschleppt. Sollten sich die veröffentlichten Warnungen und Fehleinschätzungen bewahrheiten, würde dies das Ende der Regierung Netanjahu und Anklage gegen die Verantwortlichen bedeuten. So wie die Situation aktuell aussieht, ist es aus meiner persönlichen Sicht durchaus möglich, dass die Regierung Netanjahu von den westlichen Grossmächten und arabischen Staaten zu einem Waffenstillstand und (Schein-)Friedensvertrag gezwungen wird, um eine Eskalation des Krieges mit Iran/Hisbollah zu vermeiden. Israel braucht dringend unsere Gebete! ●



# «Die UNO nimmt man in Israel nicht mehr ernst»

**Im Gespräch mit Daniel Zingg spricht Michal Hoffman, ehemalige Mitarbeiterin der israelischen Botschaft in Berlin und israelische Polit-Beobachterin, Klartext. Sie redet von der Sehnsucht der Juden nach Frieden und geht mit der UNO und dem Roten Kreuz hart ins Gericht. Wir geben das Interview in gekürzter Form wieder.**

Die Fragen stellte Daniel Zingg, Geschäftsführer ASEBA Schweiz; [www.aseba.ch](http://www.aseba.ch)

**Aseba: Ihre Befürchtung, je länger der Krieg dauert, desto mehr würde Israel kritisiert, ist leider eingetroffen. Wie nimmt man das in Israel wahr?**



Michal Hoffman: Leider kennen wir das aus der Vergangenheit. Es ist der gute Willen des Westens, jeden Krieg zu stoppen. Aber nur so lange, wie der Westen nicht selbst betroffen ist. Terrorismus ist längst salonfähig geworden. Wird die Hamas jetzt nicht eliminiert,

haben wir in Israel ein ganz grosses Problem. Niemand, weder aus dem politisch linken noch rechten Lager, würde das der Regierung verzeihen. Im Moment gilt, Ausschalten der Hamas und Frieden mit der palästinensischen Bevölkerung. Nicht mehr und nicht weniger.

**Wie ist das Verhältnis der palästinensischen Zivilbevölkerung zur Hamas?**

Die Hamas wurde von der palästinensischen Bevölkerung 2006 in die Regierung gewählt. Eine Schicksalswahl, wie man heute weiss. Die palästinensische Bevölkerung muss jetzt machtlos zusehen, wie die von ihr gewählte Hamas Tunnel und militärische Anlagen unter ihren Schulen, Moscheen und Spitälern baut. Die Bevölkerung, welche die Hamas in den Sattel gehoben hat, wird von dieser nun als lebendiger Schutzschild missbraucht. – Aber 75% der Palästinenser stehen hinter der Hamas und befürworten die Massaker. Die Hamas war sich bewusst, mit welchen Reaktionen sie seitens Israels rechnen muss, wenn sie Israel angreifen. Hamas nimmt die hohe Zahl der toten Zivilisten in Kauf, und hat erreicht, dass ein Grossteil der Welt die Schuld den Israeli zuschiebt. Zivile Opfer sind immer schrecklich. Noch schrecklicher ist, wenn diese Bevölkerung als Schutzschilder von einer Terrororganisation benutzt werden, die selbst IS mit ihren Gräueltaten in den Schatten stellt.

**Die UNO, aber auch das Rote Kreuz kritisieren Israel wegen der hohen Zahl ziviler Opfer. Nimmt man die UNO noch ernst in Israel?**

Nein! Schon Ben Gurion sagte vor Jahrzehnten die Abkürzung für UNO bedeute «United Nothing», Vereinigtes Nichts. Die UNO hat sich, so jedenfalls unsere Meinung, dem Islam verkauft. Würde Iran behaupten, die Sonne gehen im Westen auf, ich bin mir fast sicher, die UNO würde das gutheissen. Der Iran wurde zum Vorsitzenden des Sozialforums 2023 des UN-Menschenrechtsrats gewählt. Doch der Iran tritt täglich Menschenrechte mit Füßen durch Folter, willkürliche Haft, Entrechtung von Frauen und Minderheiten. Wie kann man da eine Organisation wie die UNO noch ernst nehmen?

Auch das Rote Kreuz nehmen wir hier nicht mehr ernst. Das einzige, was diese Organisation im Gaskrieg macht, sind Taxifahrten im Scheinwerferlicht der Medien beim Gefangenenaustausch. Das wars dann aber auch. Sie kritisieren Israel wegen den Haftbedingungen palästinensischer Gefangener, kümmern sich aber keinen Deut um die israelischen Geiseln. In israelischen Gefängnissen inhaftierte Terroristen erhalten täglich drei Mahlzeiten und werden medizinisch betreut. Es gibt Gefängnisse, da können sie ihre Mahlzeiten nach Wahl selbst kochen. Unschuldige von der Hamas Entführte aus Israel erhalten, wenn es gut geht, einen Stuhl. Geschlafen wird am Boden. Inzwischen ist bekannt, dass die Hamas auch nicht vor Folter und Mord zurückschreckt.

Während seiner Gefangenschaft retteten israelische Ärzte dem Hamas Terroristen Yahya Sinwar das Leben. Sie operierten ihn, er litt an einem Gehirntumor. Und am 7. Oktober gab er als das zweitmächtigste Mitglied der Hamas den Befehl für das Massaker im Süden Israels. Wo bleibt der Aufschrei der UNO oder die Kritik des Roten Kreuzes? ●



Ruedi Ritschard, Kolumnist

Ich habe meinen einfachen, kindlichen Glauben bis jetzt bewahren können. Ich glaube, was in der Bibel steht und drehe nicht jedes Wort um. Was mich beschäftigt: Der Inhalt der Bibel wird zunehmend hinterfragt. Könnte es sein, dass nicht alles wahr ist, was in der Bibel steht mit all diesen unmöglichen Geschichten? Total unbrauchbar für uns aufgeschlossene, moderne Menschen auf dieser globalisierten Welt. Kommt, nehmen wir dieses Buch auseinander. Wir brauchen keine Anweisungen von oben – wenn es überhaupt etwas gibt da oben. Wir haben alles im Griff. Mit künstlicher Intelligenz (KI) lösen wir unsere Probleme. Sogar das Klima muss sich verbeugen vor unserer Macht. Kommt, lasst uns selber Gott spielen! – Ein weiterer Turmbau zu Babel. Ruhig bleiben, nicht aufregen, demütig bleiben und Gott vertrauen. **ER** hat alles im Griff, «Der Herr schläft und schlummert nicht».

Mein kindlicher Glaube hat seinen Anfang in der Sonntagsschule. Da wurde uns Kindern das Wort Gottes einfach, verständlich und überzeugt von gläubigen Frauen und Männern lieb gemacht. Auch meine Eltern haben uns einen einfachen, kindlichen Glauben vorgelebt. Meinem Vater glaubte ich als Schulbub sowieso alles. Mein Paps war ein humorvoller Mann, immer für ein Spässchen zu haben, immer ein schelmisches Lächeln auf den Lippen. – «Weisch Ruedi, der Lokiführer het o nes Stüürad», erklärte er mir einmal ohne mit der Wimper zu zucken und mit überzeugter Stimme auf einer Fahrt über den Brünig. «We ds Gleis e Linggskurve macht, dräit er ds Rad gäge linggs, chunnt e Rächtskurve, dräit er uf di rächti Syte. Süsch würd der Zug ja graduus fahre u entgleise!» Leuchtet doch ein, oder? Mittlerweile habe ich bahntechnisch dazugelernt ...

Einer meiner Enkel ist Lokführer bei der Zentralbahn. Kürzlich hat er für seinen Vater und für mich (stolzer Grossvater!) eine Führerstandfahrt organisiert. Drei Generationen vorne in der Lok. Was für

ein Erlebnis! Signale, Weichen, Tempoanzeigen, blinkende Strassenübergänge und Gegenzüge fliegen in rascher Folge vorbei. Im Führerstand blinken farbige Lämpchen auf und Warnsignale ertönen. Der Lokführer drückt Tasten, überblickt Bildschirme und bedient gekonnt die verschiedenen Schalter und Hebel. Jetzt dreht der Chef das «Steuerrad» heftig nach links, obwohl der Zug in eine Rechtskurve biegt ... wir sind nicht entgleist! Metergenau bringt der Lokführer unseren Zug an der Station «sydefyn» zum Stehen. Mir fallen die gelben Kästchen auf zwischen den Schienen. «Das sind Balisen» (von franz. «baliser» = markieren, signalisieren), klärt mich mein Enkel auf. «Sie übermitteln mir wichtige technische Informationen auf meinen Bildschirm im Führerstand, wie Signal- und Weichenstellungen und andere Angaben zur Zugsicherung. Zusammen mit der Leitstelle geben mir die Balisen ein gutes Gefühl, so kann ich beruhigt auf «Vollgas» gehen. Sie unterstützen meine Arbeit, ich vertraue ihnen und nehme sie ernst. So kommen wir sicher ans Ziel!»

Was für ein wunderbarer Vergleich. Balisen und Leitstelle für uns ist die Bibel. Sie übermittelt wichtige Nachrichten für unsere Lebensreise. Sie stellt die Weichen richtig und weist uns den Weg. Wir dürfen dem Wort Gottes kindlich vertrauen. Machen wir es doch wie die Lokomotivführer: Sie vertrauen ihrer Leitstelle und hinterfragen nicht. Gute Reise! ●



### Spenden in WIR

Sie können die EDU auch mit WIR unterstützen. WIR-Spenden senden Sie bitte an:

EDU Schweiz  
Postfach 43  
3602 Thun

IBAN: CH87 0839 1122  
3053 9000 0

Wir danken Ihnen herzlich für jede Form der Unterstützung.

# klipp & klar

Anian Liebrand

## EDU in Aktion

**EDU CH:** Die EDU Schweiz verfügt über neue Info-Kanäle auf WhatsApp und Telegram. Damit können wir unsere Mitglieder und Sympathisanten noch schneller über laufende Aktionen informieren. Jetzt kostenlos abonnieren und nichts mehr verpassen!



### WhatsApp-Kanal abonnieren:

unter «Kanäle» nach «EDU Schweiz» suchen – oder über diesen QR-Code:



### Telegram-Kanal beitreten:

auf Telegram suchen nach «EDU Schweiz» – oder über diesen QR-Code:



**Kanton Schwyz:** EVP und EDU treten zu den Kantonsratswahlen des Kantons Schwyz vom 3. März 2024 mit gemeinsamen Listen an. Für die EDU ist dies die erste Wahlteilnahme im Kanton Schwyz. Sechs Kandidatinnen und acht Kandidaten stellen sich in den Gemeinden Freienbach, Schwyz, Einsiedeln, Küsnacht, Arth und Oberiberg zur Wahl. Erklärtes Ziel des Wahlbündnisses ist es, kantonsweit einen Wähleranteil von mindestens einem Prozent und damit einen Sitz im Kantonsrat zu erreichen. An alle «Standpunkt»-Leserinnen und Leser aus dem Kanton Schwyz: bitte nehmen Sie an den Kantonsratswahlen teil und wählen Sie die Kandidaten der EVP-/EDU-Listen – die Wahlchancen sind durchaus intakt!



## «Open Doors»-Index 2024: 365 Millionen Christen verfolgt

Die christliche Hilfsorganisation «Open Doors» hat den Weltverfolgungsindex 2024 publiziert. Dieser ist eine Rangliste jener Länder, in denen Christen der stärksten Verfolgung und Diskriminierung wegen ihres Glaubens ausgesetzt sind. Er wird von einem ausführlichen Bericht

darüber begleitet, wie sich Verfolgung und Diskriminierung konkret äussern und auswirken. Die Verfolgung hat im Vergleich zum Vorjahr an Intensität zugelegt. Weltweit sind mehr als 365 Millionen Christen in 78 Ländern wegen ihres Glaubens intensiver Verfolgung und Diskriminierung ausgesetzt. In den 50 Ländern des Weltverfolgungsindex gilt dies sogar in einem sehr hohen bis extremen Mass. Davon betroffen sind 317 Millionen der dort lebenden 756 Millionen Christen. Weitere Infos: [www.opendoors.ch/index](http://www.opendoors.ch/index)

## SRF-«Rundschau» zu Trans-Jugendlichen: «zu rasche Geschlechtsangleichung?»

Die Sendung «Rundschau» des Schweizer Fernsehens (SRF) zeigte in ihrer Ausgabe vom 17. Januar 2024 eine Recherche zu Minderjährigen, die ihr Geschlecht mit Hormonen oder einer Operation haben umwandeln lassen. Nicht wenige Kinder, die einen solchen Schritt hinter sich gebracht haben, bereuen dies später. In der Sendung kommen mehrere Eltern und Betroffene zu Wort, die das Tempo der Massnahmen – unter anderem an der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie und Psychotherapie Zürich – kritisieren. Ein brisantes Thema findet damit den Weg zu öffentlicher Beachtung.

Sendung anschauen: [www.srf.ch/sendungen/rundschau](http://www.srf.ch/sendungen/rundschau)



## Lesbisches Paar an Ampeln: «Woke-Wahnsinn» in Zürich

Die SP der Stadt Zürich widmet sich den wirklich wichtigen Fragen unserer Zeit. Sie fordert mit einem parlamentarischen Vorstoss, dass die Verkehrssignalisation in der Stadt Zürich diverser werden soll: Statt dem immer gleichen «Mann mit Hut» oder sonstigen Männchen sollen auf Ampeln und Schildern auch Frauen abgebildet werden – etwa eine Schwangere, ein lesbisches Paar oder eine Seniorin am Stock. Vorbild für diesen Woke-Aktivismus ist die Stadt Genf, welche die Hälfte ihrer «Mann mit Hut»-Signalisationen bereits im Jahr 2020 durch «geschlechtsneutrale Symbole» ersetzte.

# La Giornata della Memoria 2024



**Quando riceverete questo numero di EDU-Standpunkt staremo per celebrare la «Giornata della Memoria» che è una ricorrenza internazionale, celebrata il 27 gennaio di ogni anno come giornata per commemorare le vittime dell'Olocausto.**

Edo Pellegrini, presidente UDF Ticino

È stato così deciso dalla risoluzione 60/7 dell'Assemblea generale delle Nazioni Unite del 1° novembre 2005 durante la 42ª riunione plenaria.

Il 27 gennaio del 1945 fu infatti il giorno in cui le truppe dell'Armata Rossa liberarono il campo di concentramento di Auschwitz-Birkenau.

La Giornata della Memoria ha lo scopo di commemorare le vittime dell'Olocausto, ricordare gli orrori del nazismo e delle persecuzioni razziali, e promuovere la consapevolezza storica per prevenire il ripetersi di simili atrocità. Questa giornata è stata adottata da numerosi Paesi nel mondo come un momento di riflessione sulla tragedia dell'Olocausto e sull'importanza di preservare la memoria storica.

**Quest'anno la ricorrenza ha, però, una connotazione particolare in conseguenza a quanto successo il 7 ottobre 2023 e a seguito dei rigurgiti di antisemitismo sorti dopo la risposta di Israele.**

Al momento in cui scrivo (6 gennaio 2024) la situazione in Israele e nella Striscia di Gaza è ancora molto complicata e non si vedono vie d'uscita da questa guerra: Israele vuole e

deve sradicare Hamas, e Hamas ha giurato di voler distruggere Israele e tutti gli Ebrei.

Non entro nel dettaglio di ciò che sta succedendo in quella terra martoriata e del perché tutto ciò sta accadendo: tutti dovremmo esserci fatti un'idea abbastanza precisa di come stanno le cose. O forse no? Leggendo le lettere ai giornali e i post su FB e altri social media, in effetti, mi chiedo se oggi siamo tutti effettivamente in chiaro su quanto succede in Medio Oriente.

L'antisemitismo è una piaga latente che è sempre difficile da estirpare e la ricorrenza della Giornata della Memoria può essere un'occasione per spiegare, nuovamente ed in riferimento anche agli accadimenti odierni, in particolare alle giovani generazioni, a cosa può portare, anche ai giorni nostri, l'indifferenza e la mancanza di conoscenza della realtà dell'olocausto e dell'odio viscerale di Hamas e dei suoi (troppi) sostenitori e simpatizzanti nei confronti degli Ebrei. ●



**Umfrage: Warum engagieren Sie sich für die EDU?**

## «Ein Stück Schweiz»



Ich bin in der EDU, weil die EDU die einzige Partei ist, die nach der Erstausrahlung des SRF-Dok-Films von Robin Rehmann über satanistisch-rituelle Gewalt nicht mit Rückzug und Verneinung reagiert hat, sondern sich dieser schweren Thematik gestellt hat und

weiterhin stellt. Im selben Film hat auch das Berner EDU-Grossratsmitglied Samuel Kullmann ausgesagt. Durch ihn bin ich zur EDU gekommen. Jedoch beschränkt sich mein Engagement in der EDU nicht auf die oben erwähnte Thematik. Die EDU ist für mich die einzige Partei, die sich bibeltreu positioniert und agiert. In der heutigen Zeit, in der sich biblische Prophetien mit Siebenmeilenschritten vor unseren Augen erfüllen, ist die Stimme der EDU unverzichtbar und sollte viel mehr Gehör finden als bis anhin. Und ich denke, sie wird auch mehr Gehör finden, denn die Not steht quasi vor der Tür...

Zudem schätze ich, dass in der EDU viele verschiedene Meinungen möglich sind und sich nicht einfach ein simples Links-Rechts-Schema durchsetzt. So steht die EDU unumwunden klar zum Schutz unserer Natur und Umwelt und hat – ohne dogmatisch zu sein – auch eine grüne Ausrichtung. Ebenso klar steht die EDU aber auch zur (vor allem seitens der SVP vertretenen und auf jeden Fall notwendigen) Beschränkung der Zuwanderung.

Die EDU ist für mich ein Stück Schweiz, das im politischen Alltag zunehmend verschwindet. Insofern ist die EDU für mich tatsächlich meine politische Heimat geworden.

Daniel Vuillomenet (66), verheiratet, drei erwachsene Kinder und drei Enkel; Erstausbildung als Sekundarlehrer phil. II, später Querflötenstudium SMPV mit Master, heute pensioniert. Stellvertretender Parteipräsident der EDU Baselland; Hobbies: Musik und Segelfliegen (seit zehn Jahren aktiv in einer Segelfluggruppe); wohnhaft in Dittingen BL.

# Wohin entwickelt sich die schweizerische Landwirtschaft?

**Im November 2023 hat Agroscope die verarbeiteten Zahlen 2022 zur Auswertung von Buchhaltungsdaten in der Landwirtschaft publiziert. Das landwirtschaftliche Einkommen ist demnach um 1,3 % auf knapp 80'000 Franken gesunken. Was sind die Gründe für diese Entwicklung?**



Andreas Gafner, Nationalrat EDU, Meisterlandwirt aus Oberwil i.S. BE

## Höhere Kosten

Pro Arbeitskraft verlieren die Betriebe in den Hügeregionen (-10,4 %) am meisten, gefolgt von den Betrieben in den Bergregionen (-6,8 %) und den Talbetrieben (-4,1 %).

Im Jahr 2023 gab es quantitativ und qualitativ bessere Ernten im Pflanzenbau gegenüber dem verregneten und verhagelten Vorjahr. Es wurde ein höherer Milchproduzentenpreis erzielt und es konnten höhere Preise für Geflügel- und Rindfleisch gelöst werden. Dies sind die positiven Elemente. Negativ hat sich insbesondere die beträchtliche Teuerung der landwirtschaftlichen Produktionsmittel ausgewirkt, vorwiegend verursacht vom Krieg in der Ukraine und seinen Folgen. Obwohl die pflanzlichen Erträge im Jahr 2022 im Ver-

gleich zum verregneten Sommer 2021 höher ausfielen und auch zu mehr finanziellen Erträgen führten, ist auch in den Talbetrieben der Erlös gesunken, und zwar vor allem wegen den gestiegenen Kosten. Die grösste Teuerung gab es auf dem Treibstoff, der Posten für Reparaturen und Ersatz von mobilen Sachanlagen sowie Transportaufwand stieg um sage und schreibe 10,8 %. Auch in der Tierhaltung sind die Kosten gestiegen. Die Aufwände für Tierhaltung und Tierzukaufe nahmen um 1,3 % zu. Während die Futtermittelpreise stark angestiegen sind (+8,8 %), haben die Preise für Ferkel und Jäger wegen des anhaltenden Angebotsüberhangs abgenommen. Der Personalaufwand ist im Vergleich zum Vorjahr um 6,1 % gestiegen – wegen der Zunahme der Anzahl Angestellten. Wenn man das Gesamteinkommen anschaut, stellt man fest, dass der Durchschnittsbetrieb 32 % im Nebenerwerb verdient, wobei das Nebeneinkommen in den Hügeler- und Bergbetrieben (35 %) die grössere Bedeutung hat als für Betriebe in den Talregionen (27 %). Es ist also nichts mit Teuerungsausgleich!

## Perspektiven schaffen

Der Zahlungsrahmen für die landwirtschaftlichen Direktzahlungen ist seit mehreren Perioden auf gleichem Niveau geblieben. Zusätzlich machen die Umweltverbände und private Aktivisten mit immer wieder neuen Initiativen zusätzlichen Druck auf die produzierende Landwirtschaft. Die Politik hat unter diesem Druck die Vorschriften und Auflagen massiv verschärft. Das heisst, durch die veränderten Rahmenbedingungen ist die Produktion von Lebensmitteln aufwändiger geworden. Der zusätzliche Aufwand wird nicht über zusätzliche Direktzahlungen abgegolten, es gibt nur interne Verschiebungen. Die logische Forderung muss sein, dass die Produktpreise gerecht abgegolten werden, damit der höhere Aufwand gedeckt werden kann. Damit die Landwirtschaft Zukunft hat, braucht die nächste Generation Perspektiven. Geben wir ihnen diese Chance und kaufen wir einheimisch ein. Denn was wir nicht hier in der Schweiz produzieren, muss importiert werden. Trotz der oft schwierigen Bedingungen bin ich persönlich überzeugt, den schönsten Beruf ausüben zu dürfen. Die vielen Zusagen in der Bibel stimmen mich positiv. ●

## Fachhändler für Naturbettwaren

Massivholzbetten in über 60 Designs

fanello-Lattenrost und Naturlatexmatratze

Schurwollduvets, Kissen und Betauflagen

Kommen Sie vorbei und lassen Sie sich beraten!



**Spycher-Handwerk**

Huttwil



[www.kamele.ch](http://www.kamele.ch)

**Schaukarderei**

- Naturfaserkleider

- Jurtenübernachtung

- Betriebsführungen

062 962 11 52

# Angebote und Termine

## Marktplatz

### VERKAUFEN

**Medjool-Datteln aus Israel**, 5 kg CHF 80.-, plus Porto und Verpackung. Bestellen bei Peter Bonsack, Kallnach. Tel. 079 607 12 07

### VERMIETEN

**In Winterthur: 6 ½-Zi.-Einfamilienhaus**, möbliert oder teilmöbliert, an Nichtraucher. Zentrale Lage, Garage und Umschwung. Tel. 033 437 78 32

### Ruhig gelegene 4 ½-Zi.-Wohnungen in Murgenthal (Ortsteil Glas- hütten) in 6-Familienhaus.

WF 95 m². Offene Küche, Wohnzimmer mit Balkon, 3 Schlafzimmer, Bad/Dusche/WC. Infos und Bilder: <https://www.homegate.ch/mieten/4000524823>. MZ inkl. NK pauschal: CHF 1'600.-. Kontakt: D. & J. Dubois, Tel. 056 451 14 14, [judith.dubois@gmx.ch](mailto:judith.dubois@gmx.ch)

**Ferien im Prättigau:** 2 ½-Zi.-Dachwohnung für 2-4 Pers., NR, ruhige Lage, schönes Wandergebiet, gedeckter Sitzplatz, separater Hauseingang, PP. K: A. u. D. Zingg, [fiora7231@hotmail.com](mailto:fiora7231@hotmail.com), 081 332 33 61

### SUCHEN

Wir suchen eine **junge Lehrerin (Zyklus 3) zur Unterstützung im Homeschooling**. Ab Schuljahr 24/25, jeweils 2 Halbtage pro Woche oder nach Absprache, in Erlenbach i.S. K: Fam. Wehner, [cas2010@bluewin.ch](mailto:cas2010@bluewin.ch)

**Ehepaar sucht 2 ½-3-Zi.-Wohnung im Kt. BE**, ab April 2024. Muss nicht modern sein. Älteres Haus, evtl. mit Umschwung, mit Platz für Camper und PW. Miete bis zu 1350.- inkl. NK. Tel. 079 829 75 16

### PARTNERSUCHE

**Die 34-j., 1.67 m grosse Hobbyhistorikerin**, ist eine natürliche, schlanke und anmutige Erscheinung mit Tiefgang. Mit ihrer charakterstarken, freigeistigen und warmherzigen Art hinterlässt sie bei ihren Mitmenschen einen bleibenden Eindruck. Lesen (insbesondere über Geschichte und Weltpolitik), Wandern und Zeit mit Familie und Freunden sind ihr wichtig. Sie wünscht sich einen warmherzigen, intelligenten und gleichgesinnten Mann mit Bodenhaftung und traditionellen Werten. Bitte melden Sie sich unter Chiffre 240229

**48-j. Christ sucht die Frau, die nicht gegen Covid geimpft ist.** Ich bin offen, ein guter Zuhörer und Optimist. Wenn dich diese Zeilen angesprochen haben, freue ich mich auf eine Nachricht mit Foto. K: [toko@vtxfree.ch](mailto:toko@vtxfree.ch)

### VERSCHIEDENES

**Zaugg-Drohne ist spezialisiert für Luftaufnahmen aller Art.** Erfahrung seit 7 Jahren in 15 Nationen (1x für Netflix produziert). Ob Videos oder Fotos, Drohnenaufnahmen verleihen neue Perspektiven. Youtube: «zauggdrohne». K: [www.zaugg-drohne.ch](http://www.zaugg-drohne.ch), 076 422 54 54

## Die EDU lädt ein

**Würenlos:** jeden ersten Montag im Monat, 19.30–20.30 Uhr: Gebet bei M. Suter, Lättenstrasse 8. K: 079 825 44 05

**Heiden:** jeden ersten Dienstag im Monat, 14.30 Uhr, Pfingstgemeinde, Asylstrasse 26: EDU-Gebet. K: 077 520 48 73

**Männedorf:** jeweils mittwochs in den geraden Kalenderwochen von 9–10 Uhr, Luegislandstrasse 27: EDU-Gebet. K: 044 920 45 43

**Biel:** jeden ersten Donnerstag im Monat, 19 Uhr, Fam. Wüthrich, Weidstrasse 15: EDU-Gebet. K: 032 365 42 53

**Dietikon:** jeweils am ersten Samstag im Monat 9–11 Uhr: **Gebetsfrühstück** im «Mis Kaffi», Bremgartnerstrasse 3. K: Nikolaus Johannes Stadler, 044 500 41 91

**Dietikon:** jeden 2. Donnerstag, 19.30 Uhr, Christliches Zentrum Silbern, Riedstrasse 3: **Gebet für Israel und die Nationen**. K: <https://israel-gebetsstreifen.ch>

**12./26.2. Bülach:** 20–21 Uhr, Gebetshaus Bülach, Winterthurerstrasse 23: Fürbitte-Gebet. Organisator: EDU Zürcher Unterland. K: 044 856 01 93

**18.2. Herisau:** 17 Uhr, Pfingstgemeinde, Rosenaustrasse 1: EDU-Gebet. K: 071 351 67 39

**2.3. Ebnat Kappel:** 9.30 Uhr, Rest. Rössli Hüsliberg: **Mitgliederversammlung der EDU Kanton St. Gallen**. Um 11 Uhr spricht EDU-Nationalrat Erich Vontobel über seine ersten Erfahrungen. Infos: 079 621 35 83

## Christliche Anlässe

### Seminar für biblische Theologie Beatenberg

**3.–10.2. Seminarwoche Bibelauslegung:** 3 Dozenten unterrichten während 22 Lektionen zu Habakuk, Epheser und Jakobus. Attraktive Pauschalpreise! K: [www.gaestehaus.ch](http://www.gaestehaus.ch), 033 841 80 00

### Vereinigung Pro Israel

**4.2.** 14.00 Uhr, Kursaal in Bern: **34. Nationale Pro Israel-Tagung** mit der israelischen Botschafterin Ifat Reshef, Yoyakim Figueras, Israel, und Johannes Vogel, DE. K: 033 335 41 84

### Gospel Joy Singers

**15.–17.3.** Evang. Kirche Kreuzlingen, Bärenstrasse: **Gospel-Workshop** und Gottesdienst. 17.3. 10 Uhr: **Gottesdienst der Kreuzlinger Kirchen mit Freddy Washington und dem Projektchor**. Anmeldung für Gospel-Workshop (CHF 50.– Erw., CHF 30.– Schüler) an Walter Hasen, Tel. 079 696 42 52, [w.hasen@sunrise.ch](mailto:w.hasen@sunrise.ch)

### Vereinigung Pro Israel

**16.–23.3.** Hotel Paladina, Pura: **Ferienwoche für Israel-Freunde**, mit Rainer Schmidt, Jerusalem. Anmeldung: Vereinigung Pro Israel, Postfach 717, 3607 Thun, Tel. 033 335 41 84

### Jugendanlass DOXA

**4.5.** ab 9 Uhr bis 22 Uhr, **Jugendanlass DOXA**. Alle Jugendlichen ab 16 Jahren sind herzlichst nach Schönenwerd eingeladen. K: [www.doxa-jugendevent.ch](http://www.doxa-jugendevent.ch)

### Konferenz Culture Shift

**7.–8.6.** Glaube, Gender, Sexualität. Eine inspirierende Konferenz für Teenie- und Jugendleiter, Leiter und Interessierte. K: <https://www.istl.net/cultureshift/>

### Kontaktperson

Nicole Salzmänn  
[marktplatz@edu-schweiz.ch](mailto:marktplatz@edu-schweiz.ch)

# STANDPUNKT

Christlich-politische Monatszeitschrift

## Marktplatz-Tarife

Verschenken	gratis
Verkaufen/Suchen	Fr. 20
Verkaufen/Suchen von Immobilien	Fr. 80
Vermieten	Fr. 50
Offene Stellen	Fr. 50
Stellensuche	Fr. 50
Partnersuche	Fr. 50
Verschiedenes	Fr. 50

### Marktplatz-Inserate senden an:

EDU-Standpunkt  
Redaktion «Marktplatz»  
Postfach 43, 3602 Thun  
oder per E-Mail:  
[marktplatz@edu-schweiz.ch](mailto:marktplatz@edu-schweiz.ch)

### «EDU-Standpunkt»

Die Ausgabe 03/2024 wird am 26. Februar 2024 versendet.

### Redaktionsschluss:

9. Februar 2024  
Druck: 21. Februar 2024

# Talon

ABONNEMENT  PROBENUMMERN

Ich abonniere den «Standpunkt» für CHF 30.- (11 Nummern).

GESCHENKABO\* für

Vorname und Name

Strasse und Nr.

PLZ und Wohnort

E-Mail

Datum

\*RECHNUNG an:

Einsenden an: EDU-Standpunkt, Postfach 43, 3602 Thun

## Impressum

### Herausgeber / Redaktion

EDU-Standpunkt  
Postfach 43  
3602 Thun

### Administration und Adressmutationen

033 222 36 37 | mutationen@edu-schweiz.ch

### Inserate und Beilagen

(ohne Marktplatz)  
031 818 01 46 | inserate@edu-schweiz.ch

### Marktplatz (Seite 18)

033 222 37 06 | marktplatz@edu-schweiz.ch

### Redaktion

redaktion@edu-schweiz.ch

Thomas Lamprecht (Präsident der Redaktion),  
Anian Liebrand (Redaktionsleitung),  
Nationalrat Andreas Gafner, Karin Hirschi, Lisa Leisi

regelmässige Autorinnen und Autoren: Beat Reuteler,  
Ruedi Ritschard, Eveline Rytz, Markus Wäfler

### Die Schreibenden geben ihre persönliche Ansicht wieder.

### Layout

Harold Salzmann

### Druck und Spedition

Jordi AG, Belp

### Fotos

Titelseite, 2: Shutterstock  
3: Karikatur Willu  
4, 6, 11, 14, 17: Adobe Stock  
8–10: Evangelische Allianz Winterthur (EAW)  
15 unten: srf.ch  
Kopfbilder, 5, 13,: zvg

43. Jahrgang; erscheint monatlich  
11 Ausgaben (Doppelnummer 7/8)  
Auflage: 20 000 Exemplare

### Postcheck 30-23430-4

IBAN CH35 0900 0000 3002 3430 4  
www.edu-schweiz.ch

### Jahresabonnement

nur Fr. 30.–/25€ für 11 Ausgaben (inkl. 2,6% MwSt.)

### Geschenkabos und Probenummern – auch zum Verteilen!

info@edu-schweiz.ch  
033 222 36 37

### TESTAMENT / LEGATE

Möchten Sie über Ihr irdisches Leben hinaus Gutes tun? Dann berücksichtigen Sie die EDU in Ihrem Testament oder mit einem Legat. Jede Gabe stärkt das Werte-orientierte Engagement der EDU. Weitere Auskünfte sind bei der Redaktion erhältlich.

# Zehn Gebote des gesunden Menschenverstands

**Die zehn Gebote des gesunden Menschenverstands («The Ten Cannots») stammen – was viele nicht wissen – ursprünglich vom 1873 in Hamburg geborenen presbyterianischen Religionsführer William John Henry Boetcker. Sie wurden 1916 aufgelegt und 1942 fälschlicherweise Abraham Lincoln, dem 16. Präsidenten der Vereinigten Staaten, in den Mund gelegt.**

In der «Neuen Zürcher Zeitung» (NZZ) vom 27. Dezember 2023 brachte der Kolumnist Gerhard Schwarz, heute Präsident der Progress Foundation, seine Übersetzungs-Version dieser zehn Gebote zu Papier. Sie bringen zeitlose Werthaltungen zum Ausdruck, die damals wie heute als Richtschnur für friedliches Zusammenleben in Staat und Gesellschaft dienen:

1. Ihr könnt keinen Wohlstand erlangen, wenn ihr nicht zur Sparsamkeit mahnt.
2. Ihr könnt die Schwachen nicht stärken, indem ihr die Starken schwächt.
3. Ihr könnt dem kleinen Mann nicht helfen, indem ihr die Grossen zerstört.
4. Ihr könnt denen, die einen Lohn beziehen, nicht helfen, wenn ihr die ruiniert, die ihn bezahlen.
5. Ihr könnt den Armen nicht helfen, indem ihr die Reichen ausmerzt.
6. Ihr könnt keine solide Sicherheit schaffen, wenn ihr euch verschuldet.
7. Ihr könnt keine Brüderlichkeit schaffen, wenn ihr Klassenhass schürt.
8. Ihr könnt eure Schwierigkeiten nicht dadurch lösen, dass ihr mehr ausgibt, als ihr einnehmt.
9. Ihr könnt kein Engagement für die öffentlichen Angelegenheiten und keine Begeisterung wecken, wenn ihr den Einzelnen seiner Initiative und seiner Unabhängigkeit beraubt.
10. Ihr könnt den Menschen nicht dauerhaft helfen, wenn ihr für sie tut, was sie selbst für sich tun könnten und tun sollten.



Bild:  
greatthoughtstresury.com

Redaktion «Standpunkt»

Christ und Job.ch  
IDEA-Stellenmarkt

Finden Sie Ihre Berufung!  
Das grosse Job-Portal für Christen:  
[www.Christ und Job.ch](http://www.Christ und Job.ch)

Weiter-sagen!

Jetzt Job finden!

Der Schweizer Luftkissen-Schuh  
[www.kybun.swiss](http://www.kybun.swiss)

kybun  
Switzerland

Christlicher Hilfsbund im Orient

Hilfe für Armenier  
und den Libanon  
seit 1937.

[www.hilfsbund.ch](http://www.hilfsbund.ch)

Gemeinsam tragen wir  
Licht in die Welt.

[www.smg.swiss](http://www.smg.swiss)

smg

IDEA  
DAS CHRISTLICHE WOCHENMAGAZIN

Nah dran  
25 JAHRE  
IDEA  
für Gott

„  
Ich schätze IDEA, weil es eine  
Vielfalt an spannenden und  
aktuellen Themen aus Politik und  
Gesellschaft zu lesen gibt.

Andreas Gafner  
EDU Nationalrat

Abonnieren auch Sie das Wochenmagazin IDEA.  
Es kostet weniger als eine Tasse Kaffee pro Woche!  
Bleiben Sie auf dem Laufenden. Erfahren Sie, wie  
Gott in der Schweiz und der Welt wirkt.

Erhalten Sie unser Magazin  
zum Kennenlernpreis unter  
[ideaschweiz.ch/kennenlernen](http://ideaschweiz.ch/kennenlernen)

HINE ADON  
HOTEL  
APARTHOTEL  
[HINEADON.COM](http://HINEADON.COM)

Ihr unkomplizierter  
Werbefachmann:  
bezahlbar, fair  
und auf Augenhöhe

Anian Liebrand  
Geschäftsführer  
Firmeninhaber  
Tel. 079 810 11 91  
[info@politagentur.ch](mailto:info@politagentur.ch)  
[politagentur.ch](http://politagentur.ch)  
[anianliebrand.ch](mailto:anianliebrand.ch)

politagentur.ch  
Strategie · Planung · Umsetzung

SCM  
14 Magazine  
jetzt  
digital  
verfügbar!  
[bundes-verlag.ch/digital](http://bundes-verlag.ch/digital)

eljah

Silber und Gold als Münzen und Granulat  
Damit Ihr Ersparnis den  
Wert behält und jederzeit  
verfügbar ist!

Als Vermittler zu BB-Wertmetall helfe ich  
Ihnen vor Ort ein S-Deposito Konto eröffnen  
und Münzen bestellen.

Bruno Jordi  
079 651 92 74  
[eljah.ch](http://eljah.ch)  
[jordi.b@bluewin.ch](mailto:jordi.b@bluewin.ch)

Ihr Geschenk

[www.huwa.ch](http://www.huwa.ch) Huwa  
seit 1911

E. + W.  
BERTSCHI  
AG

5728 Gontenschwil 062-773 12 40  
Spenglerei · Sanitär · Heizungen

FERIEN & SEMINARE  
[www.cvjm-zentrum.ch](http://www.cvjm-zentrum.ch)

RE/MAX  
Immobilienmakler  
Nathanael Regez  
079 215 57 27  
[n.regez@remax.ch](mailto:n.regez@remax.ch)  
Kostenlose Schätzung

Mission  
Aviation  
Fellowship

MAF  
[maf-schweiz.ch](http://maf-schweiz.ch)

Ruedi Josuran:  
«Lepra ist heilbar.  
Helfen Sie jetzt!»  
[lepramission.ch](http://lepramission.ch)

Für mehr Lebensqualität.

RS Hilfsmittel Heimberg  
[www.rs-hilfsmittel.ch](http://www.rs-hilfsmittel.ch)

zubi  
Zusammen mehr. [zubi.swiss](http://zubi.swiss)

baumann  
elektro

jung, dynamisch und motiviert

[www.baumannelektro.ch](http://www.baumannelektro.ch)  
3110 Münsingen | 031 721 62 27

TB TRANSPARENT  
BROKER  
fair-trauen | fair-netzen | fair-sichern

Sind Sie fair versichert?  
[www.TransparentBroker.ch](http://www.TransparentBroker.ch)